

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst für den Frauen- und Jugendzeitung einschließl. Bringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährlich M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn M. 5.—. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Zwingerstraße 21, II. Telefon 3465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Zwingerstraße 21. Telefon 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die Gespaltene Zeile mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 20 Pf. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im Voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 259.

Dresden, Montag den 8. November 1909.

20. Jahrg.

Auf den Pfaden des Umsturzgesetzes.

I.

Am 18. Januar 1909 beklagte Fürst Bülow im preussischen Landtage sich darüber, daß die Uneinigkeit der bürgerlichen Parteien die Reichsregierung an gesetzlichen Maßnahmen gegen die Ausschreitungen der Sozialdemokratie — will sagen, an der Einführung des Umsturzgesetzes — gehindert hätte, und er sich durchblende, daß die Einigung aller bürgerlichen Parteien mißschickenswert wäre, um solche Maßregeln gegebenenfalls durchzuführen. Als Mann des „Geistes“ richtete er aber zugleich eine Warnung an den Liberalismus, der durch seine Kritik am Staatswesen der Sozialdemokratie Waffen für die Armeen liefere.

Denige Tage darauf wußte das Berliner Tageblatt zu melden, daß Bülow mit seiner Rede Wünsche aus Hoffnungen entgegenkommen wäre, und daß diese Kreise darauf drängen, die bevorstehende Revision des Strafgesetzbuchs zur Verhängung der politischen Strafgesetze zu benutzen.

Der jetzt veröffentlichte Vorentwurf bestätigt dies in vollem Maße. Mag er einige Fortschritte auf anderen Gebieten enthalten, z. B. eine sachgemäßere Behandlung des Diebstahls und eine Milderung mancher Strafmaße, die Strafgesetze von politischer Bedeutung sind teils ohne Rücksicht auf die allgemeinen Verhältnisse unverändert geblieben, teils in dem Maße der Strafmäßigkeit verschärft, in der Fassung erweitert. Das mehr wie früher wird das freie Wort eingeengt, die politische Kritik bedroht und von willkürlicher richterlicher Auslegung abhängig sein. Dagegen werden die zum Schutze der Staatsbürger gegen politische Unterdrückung gegebenen Strafgesetze, die schon bisher nicht sehr wirksam waren, noch in erheblichem Maße abgeschwächt.

Eine ernsthaftere Besserung findet sich im Vorentwurf nur bei den Religionsvergehen (Entwurf § 155, Strafgesetzbuch 186). Hier wird bei der sogenannten Gotteslästerung zwar das Erfordernis der „Erregung öffentlichen Argernisses“ beibehalten, aber die Bestrafung auf den Fall der „Böswilligkeit“ beschränkt. Das ist ein kleiner Fortschritt, geeigneter, die mißbilligende Kritik hier und da vor Anklagen zu schützen, als bei der Unbestimmtheit des Ausdrucks „böswillig“ überhaupt nicht genügend, um diesen Erfolg in allen Fällen zu sichern. Der willkürlichen Anwendung ist noch immer ein weites Spielraum gelassen. Wichtiger ist, daß in § 155 des Entwurfs (Strafgesetzbuch § 166, Abs. 2) nur die Kirchen und nicht mehr ihre „Einrichtungen und Gebäude“ geschützt werden sollen, daß dabei auch Hof- oder Gebäudezwecke aufgeführt werden. Nur denke man nicht etwa, daß das eine Konzeption an eine freiere Auffassung der Religion und an die Unzulässigkeit der Theologie erfüllt, die bei ihren Angriffen gegen weltliche Religionsdienste und Kultus wunderwürdiger Gnadenbilder mehrfach unangenehm an § 166 des Strafgesetzbuchs anknüpft.

In der Spitze der politischen Verbrechen steht der „Mord“. Den „Angriff auf das Leben“ des Kaisers oder eines Bundesfürsten will der Entwurf unter allen Umständen mit dem Tode bestrafen. Das ist eine Erweiterung gegen das bisherige Gesetz, insofern nun auch der nicht mit Ueberlegung ausgeführte Mordschlag darunter fallen würde. Wozu diese unumgängliche Verschärfung, die keinem praktischen Bedürfnis dient? Wozu die unbedingte Festhaltung an der Todesstrafe, die unter menschlichem Gefühl verlernt? Lediglich um zu zeigen, daß der Dynastismus von 1909 dem von 1870 weit über ist!

Die anderen Fälle des Hochverrats sind ebenfalls, statt eingeschränkt zu werden, noch etwas erweitert. An Stelle der „Aufsorderung“ zu hochverräterischen Handlungen soll schon die „Anregung“ bestrafen werden, d. h. die Erzeugung einer hochverräterischen Entschluß günstigen Stimmung und „Stimmung“. Damit kann jede politische Agitation getroffen werden, denn nichts ist leichter als zu behaupten, daß eine Stimmung schaffe, die in irgend welcher Zukunft einmütig irgend welchen unbestimmten revolutionären Akten führen könnte.

Eine solche Einengung der politischen Betätigung ist geradezu gemeingefährlich; der Prozeß gegen Liebknecht hat bewiesen, was schon unter den heutigen Gesetzen in dieser Hinsicht möglich ist. Eine Verschärfung war wirklich unnötig. Selbst die Verfasser des Umsturzgesetzes von 1894 haben sich nicht getraut, dergleichen vorzuschlagen.

Wir leiden bereits jetzt unter einer Anzahl von Strafgesetzen, die hauptsächlich gegen die öffentliche Meinung von bürgerlichen Ueberzeugungen gerichtet sind. Hier stehen in erster Reihe die §§ 110 und 111 des jetzigen Strafgesetzbuchs, die gegen die Aufforderung zum Ungehorsam gegen Geseze oder Verordnungen und zur Verübung strafbarer Handlungen. Der Entwurf (§ 131) will insofern eine Milderung eintreten lassen, als die öffentliche Aufforderung zur Verübung von Uebertrugungen nicht mehr bestraft werden soll. Nur die Aufforderung zu Verbrechen und Vergehen soll unter das Strafgesetz fallen. Eine bloß scheinbare Verbesserung dagegen ist es, wenn die Strafbarkeit dieser öffentlichen Aufforderung von einer „Schädigung der öffentlichen Ordnung“ abhängig gemacht wird. Eine solche werden die Strafrichter immer annehmen, weil ihnen jede Kritik an den Gesetzen, jede Behauptung, daß deren Durchführung ungesetzlich wäre, schon als „Ordnungs-

gefährlich“ zu erscheinen pflegt. Wesentlich verschärft ist aber das Strafgesetz dadurch, daß auch hier nicht nur die „Aufforderung“ zum Ungehorsam und zu strafbaren Handlungen unter Strafe gestellt werden soll, sondern schon die „Anregung“. Welche Tragweite dies hat, ist schon bei der entsprechenden Erweiterung des Hochverratsbegriffes erörtert worden. Jede scharfe Kritik eines Gesezes oder seiner Durchführung ist in Gefahr, als Aufreizung zum Ungehorsam, und wenn das Gesez Strafandrohungen enthält, als Anreizung zu Vergehen oder Verbrechen ausgelegt zu werden.

Darin liegt bereits eine schwere Gefahr für die Meinungsfreiheit politischer Ueberzeugungen und die Agitation. Noch viel ärger wird aber die Sache dadurch, daß nunmehr auch die „Verherrlichung begangener Verbrechen“ bestraft werden soll. Das geht weit über das Umsturzgesetz von 1894 hinaus, das in seinem § 111a Strafe nur androhen wollte, falls Verbrechen oder einige bestimmte Vergehen „angepriesen oder als erlaubt dargestellt“ würden. Die Fassung des Vorentwurfs zieht weder sachliche noch zeitliche Grenzen. Die Verherrlichung der Ereignisse von 1848 oder der französischen Revolution, die ja aus lauter Handlungen zusammengesetzt ist, auf welche die Bestimmungen des deutschen Strafgesetzbuchs zutreffen, würde man darunter rechnen. Die Hinrichtung Karls des Ersten und vielleicht die Tyrannenmorde des Altertums desgleichen. Freilich müßte konsequent auch die Verherrlichung des reaktionären Staatsstreiks, auf den die preussische Verfassung beruht, danach bestraft werden; nur daß sich schwerlich ein Ankläger gegen die begeisterten Verehrer dieser Gewalttat finden würde.

Von allen politischen Strafbestimmungen des geltenden Gesezes hat wohl zu den größten Mißbräuchen der § 130 (Aufreizung verschiedener Klassen der Bevölkerung zu Gewalttätigkeiten) geführt. Diese Bestimmung ist eine Erbschaft aus der preussischen Reaktionsperiode nach 1848. Der damalige „Hof- und Berathungsparagraf“ war in den fünfziger und sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts in so gefährlicher und gemeingefährlicher Weise gegen die politische Opposition, namentlich die Presse, angewendet worden, daß der Norddeutsche Reichstag eine gründliche Bescheidung dieser Strafbestimmung für nötig hielt. Diese erfolgte in § 130 Str.-G.-B., wonach nicht mehr die Erregung von Hof- und Berathung zwischen Bevölkerungsklassen, sondern nur die „Anreizung zu Gewalttätigkeiten“, und zwar wenn sie „den öffentlichen Frieden gefährdet“, unter Strafe gestellt wurde. Man dachte an Anreizung zu bestimmten nachliegenden Gewalttaten. Seitdem hat die Rechtsprechung es fertig gebracht, durch eine ausdehnende Auslegung alle Krakelen gegen Mißbräuche praktisch zu beseitigen und wiederum die bloße Erzeugung einer „Stimmung“ als strafbar zu erklären, die vielleicht irgendwo und irgendwann in noch so ferner Zeit zu noch so unbekanntem und unberechenbarem Ausschreitung führen könnte. Damit sind wir glücklich hinter den preussischen Hof- und Berathungsparagrafen gelangt. Von vielen Parteien ist eine Beseitigung dieses Mißbrauchs gefordert worden, der Vorentwurf aber nimmt nicht die geringste Rücksicht darauf. Er will an der Bestimmung nichts ändern, will sogar die Geldstrafe noch erhöhen, will nur, seinem Strafinstem entsprechend, neben Gefängnis auch Haft zulassen.

Dasselbe gilt von § 131 des Strafgesetzbuchs (im Entwurf § 188), der die „Verächtlichmachung von Staatsereignissen“ durch wissentlich unwahre Behauptungen. Auch mit dieser Bestimmung ist erheblicher Mißbrauch getrieben worden, um die Opposition an freimütiger politischer Kritik zu hindern. Auch daran will der Vorentwurf nichts ändern, aber die Strafe erhöhen. Die Bestimmungen der §§ 130, 131 des Strafgesetzbuchs noch zu verschlimmern, noch schreckendere und vielbelegtere Ausdrücke zu wählen, war eben schlechterdings unmöglich; lediglich aus diesem Grunde begnügt sich der Vorentwurf mit ihnen.

Die Kosten der Heilbehandlung in der Invalidenversicherung.

II. Es ist mit Genehmigung zu konstatieren, daß die Anwendung des Heilverfahrens in der Invalidenversicherung in rascher Zunahme begriffen ist. Hat doch diese Maßnahme den Zweck, dem im Dienste des Kapitalismus um seine Gesundheit gebrachten Arbeiter nicht nur ein Snadenbrot zu gewähren, sondern ihm dauernd oder wenigstens für einen gewissen Zeitraum seine Arbeitsfähigkeit zurückzugeben und damit der Familie den Ernährer zu erhalten. Auch für die Versicherungsanstalten ist die Einleitung des Heilverfahrens ein gutes Geschäft, bei dem sich die gemachten erheblichen Aufwendungen durch die nachherige Ersparnis der Rente sehr wohl lohnen.

Auf Grund der amtlichen Nachrichten des Reichsversicherungsamtes bringt das Reichs-Arbeitsblatt in seiner letzten Nummer nähere Mitteilungen über den Umfang und die Kosten der Heilbehandlung durch die Invalidenversicherung im Jahre 1908. Demnach wurden in diesem Jahre von den Trägern der Invalidenversicherung 86 990 Personen mit einem Kostenaufwande von 21 625 883 M. behandelt. Von diesen Kosten wurden der Invalidenversicherung 4 368 154 M. durch Krankenkassen, Berufsgenossenschaften, Gemeinden usw. erjeht. Die demnach verbleibenden 17 257 729 M. enthalten auch die 2 706 505 M., die für die Unterstüzungen von Angehörigen

aufgewendet wurden. In welcher Weise sich die Anwendung des Heilverfahrens in den letzten 12 Jahren entwickelt hat, geht aus folgender Tabelle hervor. Es wurden behandelt

im Jahre	Personen	mit einem Kosten- aufwande von	Von Kranken- kassen, u. erjeht	Von den Kosten entf. auf Angehörigen- Unterstützungen
1897	10 564	2 011 149	179 273	50 254
1900	27 427	6 210 720	948 059	506 773
1903	43 593	11 511 205	1 805 262	1 203 260
1906	66 883	16 660 445	3 300 464	2 060 364
1908	86 990	21 625 883	4 368 154	2 706 505

Die Zahl der behandelten Personen ist demnach seit 1897 auf das Sechsfache gestiegen; die Kosten der Heilbehandlung haben sich auf den 11fachen, die der Krankenkassen auf den 24fachen und die der Angehörigenunterstützung auf den 54fachen Betrag erhöht. Insgesamt sind seit 1897 517 847 Personen mit einem Kostenaufwande von rund 127 Millionen Mark behandelt worden.

Von Interesse ist auch die Frage, wie hoch die Kosten des Heilverfahrens für eine behandelte Person und für einen Verpflegungstag sich stellen. Es zeigt sich da folgende Entwicklung. Der Kostenaufwand für eine wegen Lungentuberkulose in ständiger Heilbehandlung (Krankenhäuser, Heilanstalten) behandelte Person ist von 361 M. im Jahre 1904 auf 382 M. im Jahre 1908 gestiegen, während der Kostenaufwand für einen Verpflegungstag sich von 4,75 M. auf 5,22 M. erhöhte. Bei anderen Krankheiten entspricht einem Kostenaufwande von 197 M. pro behandelte Person im Jahre 1904 ein solcher von 211 M. im Jahre 1908; der durchschnittliche Aufwand für einen Verpflegungstag stieg hier von 4,10 M. auf 4,59 M.

Deutsches Reich.

Wirtschaft in Staatsbetrieben.

Die Germania berichtigt seit einigen Tagen Zuschriften, in denen auf eine geradezu tolle Wirtschaft in den staatlichen Betrieben hingewiesen wird. Der Verfasser der Zuschriften ist offenbar sehr gut orientiert, und man darf bestimmt annehmen, daß sie die Grundlagen zu dem Vorstoß im Reichstage, den das Zentrum vorbereitet, bilden werden. Jedenfalls ist die Frage berechtigt:

„Wozu haben wir ein ganzes Heer von höheren, mittleren und niederen Beamten: Adm. räte, Bizeamträte, Vertriebsdirektoren und wie die Titel alle heißen, mit großen Gehältern, lebenslänglich angestellt, mit Pensionsberechtigung, wenn anscheinend auch nicht die geringste Kontrolle ausgeübt worden ist, so daß die elementarsten Pflichten in geradezu schändlicher Weise verletzt worden sind? Wenn koste ein Beamter, sei er Jurist, Richter oder Anwalt, Arzt oder Apotheker sich nur eine erwiesene Inaktivität zu Schulden kommen läßt, wird er bestraft und unter Umständen für den ganzen Verlust aus materiell beim. finanziell verantwortlich gemacht. Warum werden denn die Marinebeamten nicht gerade so behandelt, die Millionen der Steuerzahler zu verwalten haben, und wie wir sehen, mit welcher Sorgfalt und Auffassung von Pflichtgefühl?“

Der Mitarbeiter der Germania fordert, daß der Reichstag die von den einzelnen Regierungsteilen abgeschlossenen Lieferungsverträge sofort einer gründlichen Prüfung unterziehe.

B. Bethmann-Hollweg verfolgt, wie gemeldet wird, den Verlauf des Kieler Prozesses wegen der Unterschleife auf der Werft „sehr genau“. Was eigentlich seine selbstverständliche Pflicht ist. Es wird weiter mitgeteilt, es dürfe schon jetzt als gewiß gelten, daß der Reichskanzler in gewissen Ämtern, die durch die Werft-Affäre berührt werden, eine organisatorisch Änderung herbeiführen werde.

Kraetke will bleiben.

Die Nachricht, daß der Staatssekretär des Reichspostamtes Kraetke demnächst aus seinem Amte scheiden werde, wird von der Scherischen Presse demontiert. Viel ist auf ein solches Demont nicht zu geben, denn schließlich hängt die Frage, ob Kraetke bleibt oder geht, zum allerwenigsten von ihm selbst ab. Nach einer neueren Version soll Geheimrat Zweite die Stelle des Herrn Kraetke übernehmen, als dessen Nachfolger im Unterstaatssekretariat des Reichspostamtes der Präsident des Staatlichen Amtes Dr. van der Voort genannt wird.

Wenn Kraetke aus seinem Amte scheidet, wird ihm gewiß niemand eine Träne nachweinen, denn er hat es während seiner ganzen Amtszeit ausgezeichnet verstanden, allen Anforderungen der Neuzeit nach Möglichkeit aus dem Wege zu gehen.

Die Frage der Arbeitslosenversicherung in der bayerischen Kammer.

Die sozialdemokratische Fraktion hat auch bei Beginn der jetzigen Session wieder Anträge gestellt, die Staat, Kreis und Gemeinde veranlassen sollen, Notstandsarbeiten zur Milderung der Arbeitslosigkeit im kommenden Winter bereitzustellen. Parteien und Regierung sagten diesen Anträgen ihre Unterstützung zu.

Das Interesse der Verhandlungen konzentrierte sich auf den Antrag, der die Durchführung der Arbeitslosenversicherung bezweckt.

Genosse Simon begründete den Antrag, 150 000 M. in den Etat einzusetzen, um den Gemeinden, die Arbeitslosen Geldunterstützung gewähren, Zuschüsse bis 50 Proz. ihres Aufwandes zukommen zu lassen. An der Hand eines sehr reichen

normales Material wie er nach, daß die Arbeitslosigkeit auch diesen Winter einen großen Umfang annehmen werde, daß die Leistungen der Arbeiterorganisationen, besonders der freien Gewerkschaften, ganz gewaltig seien, daß sie aber mit Rücksicht auf die übrigen Aufgaben nicht mehr gesteigert werden könnten. Staat und Gemeinden müßten behelfend eingreifen. Er widerlegte die bekannten Einwände gegen die Durchführung einer Arbeitslosenversicherung (Erdkung der Gewerkschaften, Abwanderung in die Städte und Verminderung der Arbeitslust). Er empfahl das Weiter Eintreten mit der Ergänzung, daß auch die unorganisierten Untergruppen erhalten sollen. Gewähre der Staat, der ja eigentlich der Träger der Versicherung sein müßte, den Zuschuß, so würde eine Reihe von Gemeinden sofort zur Schaffung von Arbeitslosenversicherungskassen fähig sein.

Gewisse haben betont die Wichtigkeit der Arbeitslosenversicherung für die Durchführung der Arbeitslosenversicherung und sprach sich gegen die Arbeitsnachweise der Industriellenverbände, die nicht nur die paritätischen Arbeitsämter der Gemeinden zum Teil lahm legen, sondern auch die Arbeiter in jeder Weise schikanieren und schädigen. Er forderte geistigere Maßnahmen zur Beseitigung dieses Unflugs.

Gewisse wiederum verlangte, daß die Regierungsgewalt nicht seine Arbeiter entlassen und für schleunige Ausführung der genehmigten Arbeiten Sorge tragen.

Mit Ausnahme der Bauernbündler vertritt sich keine Partei ablehnend gegen den Antrag. Es wird wesentlich von der Haltung des Parlament abhängen, ob es auf dem Gebiete der Arbeitslosenversicherung endlich auch zu Taten kommt.

Konservative und Beamte.

Die neue Beamtenorganisation ist durchaus nicht nach dem Reichsad der Konservativen, um so weniger, als der Fortschritt des Bundes der Beamtenorganisationen erklärt hat, daß die Konservativen nicht auf die Hilfe der organisierten Beamten rechnen könnten. Die Kreuzzeitung greift in einem „probanten“ Mittel: Sie macht die Behörden sehr gegen die neue Beamtenorganisation. Das Junkerblatt führt aus:

„Zur Aufrechterhaltung dieses Beamtenstandards wird die Behörde aber auch darauf sehen müssen, daß ihre Beamten mit ihrer ganzen Persönlichkeit sich dem öffentlichen Dienste widmen und ihre Kräfte nicht an eine Sonderorganisation wenden, von der der Dienst zum mindesten keinen Vorteil haben kann. Niemand wird dem Beamten seine verfassungsmäßigen Rechte verweigern oder auch nur verkümmern wollen. Treuen die Beamten aber geschlossen als Interessengruppe auf, so untergraben sie damit die Autorität ihres Amtes. Jeder Beamtenbund wird dann in jedem Beamten einen politischen Gegner sehen, der seine wirtschaftlichen Interessen zu schädigen entschlossen ist, um sich selber Vorteile zu verschaffen.“

Und das, obwohl der Bund der Beamten sich in schroffer Weise als Gegner der Sozialdemokratie bekannt hat.

Außerordentliche Vändertagung.

Die Mannen des Bundes der Landwirte werden am 14. November eine große außerordentliche Tagung in Berlin veranstalten. Als Redner wird Reichert von Wangenheim genannt, der über die politische Lage sprechen wird. Zutritt haben nur Mitglieder, so daß die Versammlung allem Anschein nach unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfinden wird.

Eine „unbequeme“ Aufforderung.

Sonabendabend hielt der Syndikus des neuen Bauernbundes, Abgeordneter Dr. Böhm, in Magburg eine öffentliche Versammlung ab, um seine jetzige Stellungnahme zu begründen. Nach einem Referat Dr. Böhm wurde von freisinniger und sozialdemokratischer Seite eine Resolution eingebracht, die Dr. Böhm zur Mandatsniederlegung auffordert. Als Dr. Böhm die Ablehnung hierüber verweigerte, verließ die große Mehrheit der Versammlung den Saal.

Zengniszwang.

In dem Disziplinarverfahren gegen den antisemitischen Reichstagsabgeordneten Amtsgerichtsrat Kölle ist der Redakteur Nowak, Jahrgang 1874, als Zeuge vernommen worden. Kölle war Vorsitzender in einer Verhandlung gegen den Zeugen Nowak. Der Kläger hat Kölle wegen Befangenheit abgelehnt, Kölle erklärte sich jedoch als nicht befangen und sprach den angelegten Redakteur frei. Das Landgericht hob diese Freisprechung auf und verurteilte den Redakteur zu einer Gefängnisstrafe von drei Monaten. Aus diesem Gang der Dinge entwickelte sich das Disziplinarverfahren gegen den Amtsgerichtsrat Kölle. Der Zeuge Nowak erklärte, daß er mit Rücksicht auf das Redaktionsgeheimnis jede Auslage verweigere. Es wurde deshalb eine Geldstrafe gegen ihn verhängt. Der Redakteur erklärte, daß er auch weiter bei seiner Weigerung verharren werde. Auf Beschluß des Landgerichts Gleichwohl ist nun die Zeugnis-Zwangshaft gegen ihn angeordnet worden.

Die Fernspreckgebühren-Ordnung. Durch den Schluß des Reichstags ist auch der Entwurf über Änderung der Gebühren für Fernspreckschaltungen unter den Tisch gefallen. Wie jetzt mitgeteilt wird, soll der Entwurf unverändert dem Reichstag wieder zugehen. Der Entwurf will die Fernspreckgebühren für die Benutzung des Fernspreckschaltens völlig befreien und dafür eine Grund- und Gesprächsgebühr einführen. Die Grundgebühr schwankt zwischen 50 bis 60 M., je nach der Größe des Fernsprecknetzes. Die Gesprächsgebühr soll 4 Pf. für jede Verbindung betragen. Die Gebühr für Fernspreckschaltung zwischen 20 Pf. und 2 M.

Bei der ersten Beratung der Vorlage im Reichstag sind ernste Bedenken gegen sie erhoben worden, und es steht zu erwarten, daß die Reichsversammlung, namentlich in den Großstädten, in eine lebhafte Protestbewegung gegen diese neue und lästige Besteuerung des Verkehrs einzutreten wird.

Gegen die drohende Arbeitslosigkeit. Der Magistrat der Stadt Berlin beschloß, 20000 M. aus Anleihenmitteln zum Bau des Schillerparks in den Ostbezirk auszugeben, um im Laufe des Winters Arbeiterbeschäftigung zu verschaffen.

Ein Transit. Die Nachricht, daß die Regierung die neuen französischen Anleihen für die Volksschullehrer nicht genehmigt habe, wird an inoffizieller Stelle als unzutreffend bezeichnet.

Deutsch-portugiesischer Handelsvertrag.

Die Verhandlungen zwischen den beiden Ländern vor wenigen Tagen den deutsch-portugiesischen Handelsvertrag. Danach bleibt es bei den meisten der bisher von Deutschland in Portugal eingeleiteten Waren, nämlich bei ungefähr 60 Prozent des Wertes der deutschen Einfuhr in Portugal, bei den bisherigen Zollätzen: bei 12 Prozent für eine Ermäßigung des Zollsatzes und bei 25 Prozent Ermäßigung für eine Ermäßigung des Zollsatzes und bei 25 Prozent Ermäßigung des Zollsatzes vornehmen zu können.

Die Zollrückstellungen, die sich auf 10 bis 20 Prozent der bisherigen Zollsätze belaufen, betreffen besonders Wolle, Getreide, Strampwaren, Baumwollgewebe, Leinwand und halbseidene Feinwebwaren, Seiden, Apparate, kleine Maschinen.

Zollermäßigungen treten ein bei Kumpfer, Kupferdraht, einigen Zinnwaren, Blattsilber, Strichwolle, Trilostwaren, gewirnten

Baumwollgarnen, Kautschuk- und Guttaperchawaren, chirurgischen Instrumenten, Tragenwaren, verarbeiteten Häuten, Leder usw. Der Handelsvertrag gilt zunächst auf acht Jahre; doch steht jedem Teil frei, nach vier Jahren den Vertrag zu kündigen, worauf dieser mit Ablauf des fünften Jahres erlischt. — Die Einfuhr Deutschlands nach Portugal betrug im Jahre 1906 ungefähr 33, im Jahre 1907 35 und im vorigen Jahre wieder 33 Millionen Mark.

Meine politische Nachrichten. Die österreichische Militärbehörde nicht anständig eine Untersuchung gegen den Leutnant Erich Probst vom 5. k.u.k. Infanterieregiment in Cattaro, der an französisch Bedeckter neuer Zwangsgehefte für 3000 Franc verurteilt und anständig Pläne von Permittationen an der Adria auslieferte, die Frankreichs die über 100000 Mitglieder zählen, haben gegen sämtliche französischen Erbdiebstahl und Diebstahl wegen deren jüngsten Vorantretens, in dem der verberbliche Einfluß der weltlichen Volksschulen geltend gemacht wurde, eine Schadenersatzklage vor dem Zivilgericht angehängt mit der Begründung, daß den Lehren hierdurch ein unzulässiger moralischer und materieller Nachteil zugefügt worden sei. Die Lehrvereinigungen verlangen von jedem Schüler einen Schadenersatz von 5000 Franc, welche Summe sie den Schullehrern zuwenden wollen. — Unter dem Verdacht der Spionage ist in Paris ein Hotelbesitzer Namens Parrot verhaftet worden, bei dem ein Schriftstube beziehungsweise Pläne gefunden worden, die die Landesverteidigung betreffen. — Der italienische Verband der Schullehrer und Schullehrerinnen hat beschlossen, die Erbdiebstahl und Diebstahl gerichtlich verfolgen zu lassen, die den Hirtendiebstahl und Viehdiebstahl gerichtlich verfolgen zu lassen, die den Hirtendiebstahl und Viehdiebstahl gerichtlich verfolgen zu lassen. Die Angelegenheit erfolgt wegen der verlesenen Behauptungen gegen die Schullehrer, speziell wegen der im Hirtendiebstahl enthaltenen Erklärung, woraus Schullehrer einen Unterricht verdienen, der gegen die guten Sitten und gegen die soziale Gerechtigkeit verstoße und den Kindern den Geist des Lagens einflöße. Eine Summe von je 5000 Lire Schadenersatz, die in die Kasse der Departementsschule fließen soll, wird von jedem der verlesenen Prälaten verlangt werden. — Die spanischen Militärs bieten eine Verurteilung ab. Es wurde eine Taakordnung angenommen, in der die Wiederherstellung der konstitutionellen Garantien in Katalonien, die Entlassung der in Folge der Ereignisse in Barcelona verhafteten Personen aus der Haft und eine demokratische, liberale Politik verlangt werden. — Aus Mexiko wird gemeldet: 16000 Mann mit einer Vorhut, der der Infant Carlos v. Bourbon anführt, begannen den Vormarsch nach Oajaca. Andere Truppenabteilungen für die gleiche Expedition werden in Veracruz gehalten, die Division werde vom General Cosas kommandiert. — Aus Gattini's wird gemeldet: In der Hofvertrauensstelle des kaiserlichen Hofes wurden mehrere in Oberleutnant und ein Major verhaftet und nach Kofschir übergeführt. — Im Grenzgebiet von Verano haben die russischen Behörden wiederum 17 Personen wegen arabischer Propaganda verhaftet. Es befinden sich darunter drei Geistliche und acht Lehrer. — Frau Roosevelt, die sich augenblicklich in Rom aufhält, hat bis jetzt noch keine weitere Bekanntschaft erhalten, daß ihr Gatte verumdet oder erkrankt ist. — Venezuela, wo unterdrückte eine Revolution zugunsten Castro's, indem sämtliche Beamten, als sie sich zu einer geheimen Verschwörung begeben hatten, verhaftet wurden.

Ausland.

Italien.

Gemüthliche Stadtväter.

Rom, 6. November. In der Delicias Vallelonga bei Colonna waren die Stadtväter zu einer Sitzung versammelt und erörtern die bei der Beratung über den Anlauf einer Eisenbahnlinie zu sehr, daß die Sitzung in eine fürchterliche Schlächt ausartete. Zunächst gingen die Stadtväter mit den Stühlen aufeinander los, dann griff man zu den Dolchen, und endlich knallten auch Revolvergeschosse. Mehrere Stadtväter wurden durch Stiche verwundet. Der Bürgermeister Buono schloß den Stadtrat ab und ließ die Bürgermeister mit dem ununterbrochenen Teil seiner Freunde entweichen. Die Bevölkerung ist über diese Vorfälle außerordentlich aufgebracht. Die Regierung enthandte zur Aufrechterhaltung der Ordnung Truppen.

Rumänien.

Palkanbarbarei.

a. k. Wien, 7. November. Genosse Rakowski, über dessen Schicksal man nach der abweichenden Erklärung der ungarischen Beamten in erster Belangung war, ist nun doch auf ungarisches Gebiet abgeführt worden und in Budapest angekommen. Der rumänische Ministerpräsident Bratianu hatte erklärt, daß er, ehe er Rakowski vor einem rumänischen Gericht seine Staatsangehörigkeit verteidigen lasse, ihn wie Ferrer behandeln und dann keinen Abdruck nehmen werde. Bei dem Recht und Ehre verachtenden Charakter des rumänischen Despoten war eine solche Drohung mehr als leere Worte. Genosse Rakowski's Abgeordneter Grigoriowici. Genosse Rakowski landete ihm daher ein Telegramm, in dem er ihn vor jeder Gewalttat warnte und die rumänische Regierung für alles was geschehen werde, verantwortlich machte.

Eine Protestversammlung in Bukarest

Die unter Genossen veranstalteten, fand ein trauriges Nachspiel. Die Versammlungsteilnehmer wurden auf der Straße in brutaler Weise von der Polizei überfallen. An 100 wurden verhaftet, das Volkshaus in ein Spital verwanzelt. In Galatz, der rumänischen Hafenstadt, in der A. vornehmlich tätig gewesen, ist der Generalkonstabel zum Protest gegen die Behandlung Rakowski's erklärt worden. In Braila ist daselbst geplant. Alles befindet sich, daß auch die verlogene Anwesenheit des rumänischen Botschafters an der Arbeiterbewegung bald einen starken Damm finden wird. Der Haß der Regierung gegen A., der um eine Staatsangehörigkeit gebracht werden soll, obwohl er mit der Dobruđa 1878 angetreten worden, Provinzialratmitglied und Militärrat gewesen ist, erklärt sich namentlich aus seinem todeshaften Verhalten bei der Rettung der Mannschaft an der Revolution teilgenommen und sich dann dem Judentum durch Abkehr entzogen hatte, um an der rumänischen Küste Asyl zu suchen, sowie anlässlich der Agrarunruhen, in denen das geringste Bauernvolk sich gegen seine Quäler zur Wehr legte.

Griechenland.

Die Riffe.

Athen, 7. November. Schiffleutnant Spiromillos, ein verehrter Freund von Tyndalos, wurde durch einen Gendarmeriekommandanten verhaftet, weil er mit Tyndalos und der Marinebewegung sympathisierte. Weitere Verhaftungen aus den Reihen der Militärs sind bevorzugen. Die Militärs erklären eine Erklärung, worin sie sich belächelt über die vielen verlesenen Nachrichten in der Presse und droht, keine Verantwortung für etwaige Folgen der bei Meer und Marine entstehenden Entlassung zu übernehmen.

Rußland.

Relegierte Ferreremonstranten.

Petersburg, 6. November. Nach dem Meeting der Petersburger Studenten am 16. Oktober, in dem Protest gegen die Hinrichtung

Ferrer's erhoben wurde, war eine Resolution mit der Unterzeichnung der Verlesung dem spanischen Gesandten in Petersburg überreicht worden. Dieser sandte das Schriftstück an den Rektor der Universität. Daraufhin wurden die Studenten dem Strafgericht der Professoren übergeben, daß die Anführer der Versammlung aus der Studentenschaft ausgeschlossen.

Bauernunruhen.

Petersburg, 7. November. In der Nähe von Schitom größeres Unheil des Grafen Ledobowski Bauernunruhen gegen laute Bauern gegen das Puschgebäude vor. Sie erklärten den Verwalter und plünderten das Gut. Die das Gut ausmachenden Kaufleute verwandelten mehrere Bauern durch Schüsse in demselben alle, was ihr unter die Finger kam. Auf Anordnung der Behörden ist Militär an den Ort der Unruhen abgegangen.

Der Steinheil-Prozess.

(V. L.) Paris, 8. November.

Nur ist die Sensation von neuem erwacht. Die Reueigenschaft vor dem Justizpalast werden zahlreicher, und wohin man auch kommt, in der Kammer, im Theater, im Familientheater wird der „Prozess“ diskutiert. Niemand mag eine Vermutung darüber äußern, wie er enden wird. Wenn es noch dem letzten Verbrechen zu tun hat, dessen sie beschuldigt wird, so ist es noch vorläufig am einem Zwängen den Beweis, und die Gewandtheit der Angeklagten, ihr rednerisches Geschick sind so groß, daß sie ohne Zweifel ihren Einfluß ausüben. Deute ist die Schar der Wartenden vor dem Gittertor an der Place Dauphine größer als an den vorigen Tagen. Zum erkennen werden etwas höhere Preise verlangt, hundert bis hundertfünfzig Franc. Bezahlt wurden vorläufig solche Summen nicht. Bei der heutigen Verhandlung sind einige Zeugen für die Angeklagten festgehalten, und die Presse, die sonst schon vorher in der Korridor vor dem Sitzungssaal sich aufhalten durfte, erhält sehr reichlich und abgepasst wie noch niemals vorher. Der erste Zeuge, der aufgerufen wird, ist

Remy Couillard.

Er tritt schnell ein, grüßt militärisch und antwortet mit klarem Stimm sehr rasch und präzis. Er schildert die Verleumdung des großen Aufwands an Geld und Bekanntschaft, wie Frau Steinheil angeklagt war. Frage: „War Frau Steinheil sehr fest gebunden und alles war auf.“ Antwort: „Nein.“ Frage: „Und danach?“ Antwort: „Danach bin ich aus Fenster gegangen, habe die Vorhänge gezogen und geschrien: „Hilfe, Hilfe!“ — Verteidiger Aubin: „Sie sind früher nicht geflohen, das Heub der Frau Steinheil sei bei der Halle aufgehoben gewesen?“ — Antwort: „Nein.“ — Verteidiger: „Ich werde Ihre Aussage verlesen lassen.“ — Antwort: „An schön!“ — Verteidiger: „Haben Sie früher nicht geflohen, haben Sie die Hände aus dem Rücken gebunden gewesen?“ — Antwort: „Niemand!“ — Verteidiger: „Ich bitte, Couillard's Aussage vor dem Kommissar Vouchoite verlesen zu lassen.“

Während der Verlesung des Protokolls sieht der Verteidiger den Zeugen mit stillem Triumph an. Manche Einzelheiten werden von der Aussage Couillard's ab. Der Präsident läßt den Kommissar Vouchoite noch einmal aufrufen, der ausfragt, das Protokoll zunächst am Tatort nach den Angaben Couillard's aufgenommen zu haben, am Nachmittag habe der Sekretär des Kommissars das Protokoll redigiert. Vert. Aubin: „Und Remy Couillard hat es unterschrieben.“ Couillard: „Jawohl. Aber vorgelesen wurde mir das Protokoll nicht mehr. Der Kommissar hat mich überhaupt nicht gefragt, sondern sein Sekretär, und was da drin steht, ist fast alles gelogen.“ — Verteidiger: „Ist der Sekretär des Herrn Vouchoite zuverlässig?“ — Vouchoite: „Er ist zwölf Jahre im Dienst.“ Couillard: „Der Herr Kommissar hat niemals gefragt, wie Frau Steinheil im Bett gelegen hat. Mag er mir's ins Gesicht sagen.“ Er sieht Vouchoite fest an, der offenbar etwas verlegen wird. Er antwortet nicht. Der Verteidiger weiß die Widersprüche sehr geschickt auszunutzen.

Präsident: „Frau Steinheil sagt, sie habe sich nicht betrunken können, weil ihr sonst die Seele ausgezögert worden wäre.“ Couillard: „Unmöglich! Es waren drei Schnüre, nicht eine. Eine um die Hüfte, eine um die Hände, eine um den Hals.“ Präsident: „Frau Steinheil von ihren Banden befreit war, fragte sie nach dem Präsidenten (zu Frau Steinheil): „Müssen Sie nicht selbst zugestehen, daß es unerklärlich erscheint, wenn eine Frau wie Sie nicht so solcher Macht aus dem Bett zu ihren Lieben stürzt?“ — Frau Steinheil: „Sie haben recht, ich hätte das tun müssen. Aber ich war kraftlos.“

Präsident: „Wann kam Mariette Wolff, die telephonisch benachrichtigt war, in der Villa Steinheil an?“ Couillard: „Ja, doch, so gehen Sieben Uhr.“ Präsident: „Gut Frau Steinheil Sie nicht am 1. Juni rufen lassen?“ Couillard: „Jawohl, sie ließ mich durch Mariette gegen 8 Uhr morgens holen.“ Präsident: „Was sollte sie denn von Ihnen?“ Antwort: „Sie sagte: Sie müssen nicht leicht Angst haben, mein Junge, ich nehme Sie unter meinen Schutz. Sie sind verständig und sprechen Sie vor allem nicht soviel mit den Polizisten, wenn man Sie fragt. Antworten Sie so wenig wie möglich!“ (Bewegung.)

Präsident: „Finden Sie nicht diese Ratschläge etwas sonderbar, Madame Steinheil?“ Angeklagte: „Ich erinnere mich, Remy Couillard zu haben, er solle sich nicht so kindisch furchten. Weiter weiß ich nichts.“ In weiteren Verlauf dieses Verhörs ergibt es sich auch, daß Frau Steinheil unmittelbar nach dem Verbrechen sehr freundlich zu Couillard war. Sie wollte ihn ein einer Automobillange unterbringen, machte ihm Gesellschaft und gab ihm gute Ratschläge. Später hat sie ihn in Verdacht bringen wollen, aber neuerdings ist, wie es scheint, die freundliche Stimmung gegen ihn wiederbelebt. Das zeigte sich, als über den Hund „Lure“ gesprochen wurde. Couillard sagte, er habe ihn auf Befehl der Frau Steinheil fortbringen müssen, weil er „nach dem Tod stank“. Frau Steinheil behauptet, daß müsse ein Jertum sein, denn der einzige, der etwa unter dem alten Geruch des Hundes zu leiden hatte, sei ja Couillard gewesen. Couillard bleibt bei seiner Aussage.

Angeklagte (sanft überredend): „Armer Couillard! Sie haben immer noch Groll gegen mich. Ich habe großes Unrecht gegen Sie begangen, aber ich bitte Sie um Verzeihung. Sagen Sie doch die Wahrheit, Couillard!“ Remy Couillard (sichtlich gerührt): „Sie brauchen mich gar nicht um Verzeihung zu bitten. Ich bin wirklich gar nicht mehr böse auf Sie.“ Präsident: „Couillard weiß keine Worte nicht recht zu sehen, aber er macht den Eindruck voller Aufrichtigkeit.“ Angeklagte (in ganz anderem Ton als vorher): „Was sein! Aber ich kann doch nicht lügen, um einem Diensthofen gefällig zu sein! Er sagt ja, und ich sage anders.“ Couillard wird nach einem Verhör, das fast drei Stunden dauerte, entlassen. Er wird später noch einmal über die Geschichte mit der Verleumdung auszufragen haben. Nach ihm wird das Zeugnis des dienstlich abwesenden Polizisten Lecocq verlesen, der als erster auf dem Schauplatz erschien. Sein Rapport ist in jedem Punkt. Lecocq behauptet, die Hüfte der Frau Steinheil losgebunden zu haben, während Couillard diese Hilfeleistung für sich in Anspruch nimmt.

Nun folgen zwei keine, sehr inbar unbedeutende Aussagen, die aber eine gewisse Bedeutung haben. Neben Steinheil's Wohnort der Schwiegerohn von Mariette Wolff, Herr Geoffroy, der Besitzer des Hauses „Lure“, der nach dem Tod riefen soll. Geoffroy wird

zum gefroren
von einem ge
liebe, daß de
Gleich
Mariette Wol
bei der Quin
Franz Geoffro
bes hat Coui
der Frage,
er Wardmach
sien.
Waise F
mit Steinheil
habe, seine P
mit Frau Ste
Korbe doch
meine Tochter
gelen.
Zwei
titten auf un
während sind
in Arbeiterbe
zu Steinheil
gehörtigen ne
Schwägerin ni
nichte. Geoff
in, daß Stein
in dem Nicht
Korbe, aber er
hat von Hüll
beides brate
Waffen der K
fällt Kommt u
ganze Gefäll
sie inam erd
Berodung beg
Aus tritt
waren und der
licher Grundbl
sienies läßt fr
Der Doff
steht. Er bi
solche Buch i
beist mit Wen
über vor dem
Im Hof
Kausig wird
Paris, 7.
Ihre Jelle zur
Eode, jecht g
Ein Erfolg
Anordnung
die mit wiede
Schwägern b
Wahrscheinl
der Anstalt
die Möglichk
Bei den
andere Partei
und nicht im
Bei dem
in Schöneb
die Sozialdem
oberie vom
in einem Bej
Der Gen
wegen Mariett
erteilt worden.
sien, politische
Ziel den Entfr
nische Regime
erteilt, daß St
Wichtigste best
des Jürten Ri
sich, bei denen
strickten. Die
Handlung aufm
das Reichsgeri
Genosse K
wurde zum Arb
Rum vier
Genosse Hench
Die Re
In der Ab
sindet sich folg
Mit V
Commissar
des Justizpal
parteiages für
und richtet, ge
die Sozialdemo
sollen konnte.
während des le
in allen Städte
jahl des Landb
Waise Kaufh
Kaufberger
wir surget die
kann, von dem
Zem offiziel
kommen sein. die
vermen. Es ist d
altem Schwibel
nimmt, sin abe
Waise weigert, vo
zu nehmen. In
gewisse Zeit
Sicher der Reichs
„Steigende
wegen den G
maßer Arbeiter
schwere Gewand
ich bei seiner We
während Partein
der Regierungeit
sienfunktionen in
Waise zur Verfü

Dresdner Polizeibericht vom 8. November.

Ende September ist hier ein Unbekannter aufgetreten, der sich M. Zimmermann genannt, als Reiter der Kunsthandlung Gustav...

Wetterbericht von der Wetterkante an der Augustusbrücke

am 8. November, mittags 12 Uhr.
Barometer: 753. Veränderlich.
Thermometer: + 4 ° N.

Letzte Telegramme.

Die Lage in Griechenland.

Athen, 8. November. In Regierungskreisen trägt man Sicherheit zur Schau. Man glaubt, die größten Schwierigkeiten...

Muley Hafids Verpflichtungen.

Paris, 8. November. Wie es heißt, sind die Abgesandten des Sultans Muley Hafid, El-Mokri und El-Kassi, bei der letzten...

Riserverhandlungen.

Paris, 8. November. Aus Oran wird gemeldet: Ein aus Mexiko zurückkehrendes Mitglied der Gesandtschaft Muley Hafids...

Die konstitutionellen Garantien.

Madrid, 8. November. Die Gaceta de Madrid veröffentlicht ein Dekret, wonach die konstitutionellen Garantien in den Provinzen...

Eine kluge Schmugglerart.

London, 8. November. Nach einer Meldung aus Neuhort ist von dem aus Britisch-Honduras kommenden Dampfer Karissima die...

12 000 australische Bergarbeiter im Streik.

Sidney, 8. November. Durch den Ausbruch von 12 000 Bergarbeitern ist der Betrieb in sämtlichen Kohlenbergwerken von New...

Automobil und Schnellzug.

Zwickau, 8. November. Gestern abend wurde ein Automobil vom Schnellzug Zwickau-Dresden überfahren. Die vier Insassen...

Sechs Verhaftungen in der Sechensdiebstahlsaffäre.

St. Obed, 8. November. Im weiteren Verlauf der Untersuchung über den Diebstahl, bei dem dem Dieben 270 500 M. in die...

Winter italienischen Klostermauern

Rom, 8. November. Grauenregende Zustände sind im Kloster von Sant in der Lombardei entdeckt worden, das jetzt durch die...

um Beschleunigung der Angelegenheit getan hat. Rottebohm erklärte auf Ehrenwort, daß an der Sache nicht ein wahres Wort sei.

Unsere Toten.

Im 62. Lebensjahre starb am Dienstag zu Essen der Schneider August Kämpfe, ein Parteimitglied und Gewerkschaftsbeteran, einer der...

Ein armenischer Sozialist.

In der Nähe von Bejrut (Wilajet Erzerum in Kleinasien) ist das Mitglied der „Armenischen revolutionären Komitee“ („Tschamkatschian“) E. Topischian ermordet worden.

Als Flüchtling vor den Verfolgungen des russischen Absolutismus hatte sich Topischian nach der Türkei begeben. Dort ist er von der Hand fanatischer Mörder gefallen.

Der Ermordete, wird dem Vornamen geschrieben, war einer der hervorragendsten Führer der Partei Tschamkatschian. Die Dienste, die er dem armenischen Volke und besonders den...

Der Tod des Genossen Topischian ist ein großer Verlust für die Arbeiter der Türkei und des Kaukasus. Topischian ist gefallen als ein Wächter der proletarischen Sache. Ehre dem Andenken des Braven!

Gerichtszeitung.

Schöffengericht.

Wie man Streitprozesse macht, zeigte am Sonnabend eine Verhandlung wegen angeblicher Streikbrecherbeleidigung gegen den Arbeiter Karl Gustav Kurische. Die Geschichte war mit...

Militärgericht.

Einen Einbruch vollführte vor einiger Zeit der Soldat Dienst vom Schäger Mannen-Regiment. Er wurde durch ein vergittertes Fenster in den Verkaufsraum der Kantine zu gelangen und dort...

Wetterprognose des Schd. Meteorologischen Instituts zu Dresden für den 9. November 1909.
Schwache nordwestliche Winde; trübe; kalt; zeitweise leichte Niederschläge; in den mittleren Tagen meist Schnee.

gest fragt, was Remy Couillard gesagt hat, als er am Tage vor dem Tode den Hund zurückbrachte; er erklärt, Remy habe etwas von einem gerissenen Bild gesagt und hinzugefügt, Frau Steinheil...

Wahrscheinlich wird Frau Geoffroy vorgeführt, die Tochter von Marie Wolff. Der Präsident fragt sie, ob Couillard gesagt habe, daß der Hund zurückgeschickt werde, weil er „nach dem Tod“ rieche.

Wahrscheinlich wird Frau Geoffroy vorgeführt, die Tochter von Marie Wolff. Der Präsident fragt sie, ob Couillard gesagt habe, daß der Hund zurückgeschickt werde, weil er „nach dem Tod“ rieche.

Wahrscheinlich wird Frau Geoffroy vorgeführt, die Tochter von Marie Wolff. Der Präsident fragt sie, ob Couillard gesagt habe, daß der Hund zurückgeschickt werde, weil er „nach dem Tod“ rieche.

Wahrscheinlich wird Frau Geoffroy vorgeführt, die Tochter von Marie Wolff. Der Präsident fragt sie, ob Couillard gesagt habe, daß der Hund zurückgeschickt werde, weil er „nach dem Tod“ rieche.

Wahrscheinlich wird Frau Geoffroy vorgeführt, die Tochter von Marie Wolff. Der Präsident fragt sie, ob Couillard gesagt habe, daß der Hund zurückgeschickt werde, weil er „nach dem Tod“ rieche.

Wahrscheinlich wird Frau Geoffroy vorgeführt, die Tochter von Marie Wolff. Der Präsident fragt sie, ob Couillard gesagt habe, daß der Hund zurückgeschickt werde, weil er „nach dem Tod“ rieche.

Wahrscheinlich wird Frau Geoffroy vorgeführt, die Tochter von Marie Wolff. Der Präsident fragt sie, ob Couillard gesagt habe, daß der Hund zurückgeschickt werde, weil er „nach dem Tod“ rieche.

Wahrscheinlich wird Frau Geoffroy vorgeführt, die Tochter von Marie Wolff. Der Präsident fragt sie, ob Couillard gesagt habe, daß der Hund zurückgeschickt werde, weil er „nach dem Tod“ rieche.

Wahrscheinlich wird Frau Geoffroy vorgeführt, die Tochter von Marie Wolff. Der Präsident fragt sie, ob Couillard gesagt habe, daß der Hund zurückgeschickt werde, weil er „nach dem Tod“ rieche.

Wahrscheinlich wird Frau Geoffroy vorgeführt, die Tochter von Marie Wolff. Der Präsident fragt sie, ob Couillard gesagt habe, daß der Hund zurückgeschickt werde, weil er „nach dem Tod“ rieche.

Parteiangelegenheiten.

Stadtverordneten-Wahlzettel. Bei den Stadttraktwahlen in Weibitzden erhielt unsere Partei fünf Sitze. Bisher war die Sozialdemokratie...

Bei den Stadtverordnetenwahlen der 3. Abteilung, die in Schöneberg am Sonnabend stattfanden, behauptete die Sozialdemokratie ihre bisherigen vier Mandate, eroberte von den Liberalen drei neue Sitze und kam zu einem Bezirk mit den Liberalen in Sitzwahl.

Parteiartikel bestätigt

Der Genosse Parteisekretär Kraus in Kolmar i. G. war wegen Reichsbeleidigung zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt worden. Die „Beleidigungen“ waren in einem rein sachlichen, vollständigen Vortrag des deutschen Volkes über das per...

Personalien.

Genosse Meets, Ortskrankenkassenbeamter in Wurzen, wurde zum Arbeitersekretär in Halle gewählt.
Zum vierten Redakteur an der Kieler Volkszeitung wurde Genosse Penckel in Berlin gewählt.

Die Norddeutsche Allgemeine muß berichtigen. In der Abendausgabe der Nordd. Allg. Ztg. vom Montag findet sich folgende Notiz:

Wit Wagnagna auf unsere Bildnisse in der ersten Sonntagausgabe beanstandet eine Inschrift, die der Vorsitzende des sozialdemokratischen Parteivorstandes und des Provinzialparteiorgans für Dapreuzen, Herr Otto Braun, an...

Dem öffentlichen Organ mag es einigermaßen schwer ankommen sein, die Richtigstellung des Genossen Braun aufzuweisen. Es ist daher bekannt, daß es mit dem größten Bekanntheitsgrad über die Sozialdemokratie in seine Epochen...

„Heilige Waffen“ aus dem Reichsverbandstempel. Gegen den Genossen Adolf Rottebohm, Redakteur der Dortmunder Arbeiterzeitung, werden seit einigen Tagen allerlei ehrenrührige Verleumdungen, die sich auf Dinge beziehen, welche...

Wahrscheinlich wird Frau Geoffroy vorgeführt, die Tochter von Marie Wolff. Der Präsident fragt sie, ob Couillard gesagt habe, daß der Hund zurückgeschickt werde, weil er „nach dem Tod“ rieche.

1. Beilage der Dresdner Volkszeitung.

Nr. 259.

Dresden, Montag den 8. November 1909

20. Jahrgang

Achtung! Freitag den 12. November Ortskrankenkassenwahlen! Jeder übe sein Wahlrecht aus!

Sächsische Angelegenheiten.

Ausländische Arbeiter in der sächsischen Landwirtschaft.

Die Beschaffung ausländischer landwirtschaftlicher Arbeiter durch den Arbeiterausschuss des Landes-Landwirtschaftsverbandes hat im Jahre 1909 wesentlich an Umfang zugenommen. Bis zum 15. Oktober wurden

Aufträge erteilt	184	Arbeiter bestellt	1399
erlaubt	180	vermittelt	1378

Von den vermittelten Arbeitern sind:

	Männer	Knaben	Jungen	Frauen	Zusammen
Polnische Polen	133	82	5	225	445
Russische Polen	233	165	15	393	806
Russen	33	36	—	46	115
Ungarn	8	2	—	7	12
	402	285	20	671	1378

Der Geschäftverkehr gestaltete sich wiederum in der Weise, daß in Sachsen für ausländische Arbeiter, und zwar zunächst für die polnischen und russischen Stammes, inländische Ausweise später eingeführt worden mit der Anordnung, daß in Sachsen inländische ausländische Arbeiter der freilichigen Art, die nicht im Besitz einer Legitimation sind, die auf den betreffenden Arbeiter lauten, auszuweisen und im Gendarmenverzeichnisse bekannt zu machen. Weiter sollen in diesem Verzeichnis die Namen derjenigen Ausländer mitgeführt werden, die in Sachsen sich aufhalten, soweit sie in dem Verzeichnis — einem auch dem Bundes-Landwirtschaftsverband mitgeteilt werden — im Verzeichnis der Kontraktbrüche der ausländischen Wanderarbeiter wiederholt vorkommen. Es formen für alle vom Arbeiterausschuss vermittelten Ausländer Legitimationen ausgestellt werden.

Die Einwirkung hat angeblich ihren Zweck bis jetzt noch nicht vollkommen erfüllt. Bei 20 Arbeitern sind etwa 6 ausländische Arbeiter = 6 Prozent der überhaupt durch den Arbeiterausschuss vermittelten Leute Kontraktbrüche gemacht. In weiteren 17 Fällen haben die Arbeiter mit Kontraktbruch gegen die Arbeit teilweise niedergelegt. Wohl eine Folge der oben erwähnten Unvollkommenheit. (D. R.)

Sehr richtig erschien es auch, festzustellen, ob die Anordnung der Ausweisung die Leute vom Kontraktbruch abhalten hat. Insofern diese Anordnung erfolgt ist, so hat man ganz vereinzelt einen solchen Erfolg gehabt. Nichts desto weniger ist es zu erwarten, daß sie auch ohne die Legitimationen in Arbeit treten könnten.

Weder der Erfolg einer etwaigen Anzeigekontraktbrüchiger Arbeiter bei der zuständigen Polizeibehörde geben die Auskünfte meist dahin, daß eine solche Anzeige überhaupt keinen Erfolg gehabt habe, und zwar meist deshalb nicht, weil der Ausweisort der entlaufenen Arbeiter nicht festzustellen gewesen ist.

Nach alledem haben, so heißt es im Bericht, die Legitimationen und die hiermit im Zusammenhang stehenden Maßnahmen keine befriedigende Wirkung gebracht. Um diese dennoch zu erreichen, haben mehrere der in die Umfrage eingeschickten Arbeiter Verordnungen gemacht, die ihnen eine recht beachtliche Summe einbringen. Ein Verbot geht dahin, daß Arbeitgeber, die Ausländer ohne gültige Legitimationen anzuwerben und beschäftigen, streng bestraft werden. Wiederholt wird darauf hingewiesen, daß die derzeitige Kontrolle der Ausländer eine ungenügende sei und namentlich der Kontraktbrüche strenger als bisher durchgeföhrt werden sollte.

Der Bericht der Umfrage läßt den Schluß zu, daß nach wie vor zahlreiche Kontraktbrüchige Ausländer und bedingt im Lande verbleiben und Arbeit finden. Es wäre vielleicht in Erwägung zu ziehen, die von Ministerium angeordneten Maßnahmen dahin zu erweitern, daß eine regelmäßige Kontrolle sämtlicher ausländischer Arbeiter durch die Gendarmen angeordnet wird.

In dem Bericht der Kreisbauernvereine wird der Wunsch geäußert, es möchte der Legitimationsschwanz auf alle Kreisbauernvereine ausgedehnt werden, weil erst dann eine wirksame Durchführung der Kontrolle möglich sein würde.

Der hier kurz skizzierte Bericht spiegelt die Annahme und Hoffnungen der Agrarier wieder. Kommt es das Angebot der ausländischen Arbeiter ein etwas größerer, wird der Lohn gedrückt. Und das in einer Zeit, wo die höchsten Preise für die landwirtschaftlichen Produkte erzielt werden. Gleichzeitig will man ausländische Arbeiter unter Polizeiaufsicht gestellt und so am Gängelbande gehalten haben, daß sie sich gegen die Lohnrückfälle aus agrarischer Perspektive nicht wehren können. Eine neue Ausbeutungsmöglichkeit, die Agrarier!

Abgebligte Hausagrarier.

Vor einiger Zeit hatte es eine Interessentengruppe im Zwickauer Stadtverordnetenkollegium, das von jeder von den Hausagrarier beherricht worden ist, verstanden, auf Grund Grundbesitzes von 10 auf 5 Prozent herabzusetzen und auf die große breite Masse der Zwickauer Landwirtschaft abzuwälzen. Der Rat hatte seinerzeit nach mehrfachen Verhandlungen einen diesbezüglichen Antrag unter der Bedingung beifügung, daß die Höhe der unangenehmen Erträge im Stadtparlament, die jetzt neun bis zehn Prozent betragen, auf 15 erhöht werden sollten. Hiermit wollte man den Hausagrarier die Hausagrarier für die Mieter etwas schmerzlicher gestalten. Die vom Rat der Stadt beantragte Erhöhung der Höhe der Unangenehmkeiten von 9 auf 15 ging jedoch damals dem Rat nicht durch, da diese Erhöhung nur auf zwölf Sitze beziffert wurde.

Am dieser dazumal beschlossenen Herabsetzung der Vorausbestimmung des Grundbesitzes hatte sich nun dieser Tage der Zwickauer Kreisbauernverein zu befassen und siehe da, der Vorstand, der Weidmann Regierungsrat Dr. Kyrer, kam auf Grund der einschlägigen Bearbeitung dieser Angelegenheit zu dem Rekul-

tat, dem Kreisbauernverein zu empfehlen, die im Zwickauer Stadtverordnetenkollegium beschlossene Herabsetzung der Vorausbestimmung des Grundbesitzes von 10 auf 5 Proz. abzulehnen, und zwar aus rein formellen Gesichtspunkten. Hierbei führte der Regierungsrat an, daß als im März 1909 dem Minister des Innern ein neues Ortsstatut für die Stadtgemeinde Eibenstock, das ebenso wie das alte keine Vorausbestimmung enthielt, vorgelegt wurde, sei es deshalb zwar genehmigt worden, aber das Ministerium ließ hierbei nicht unerwähnt, daß von einer Vorausbestimmung in Zukunft nicht abgesehen werden solle. Das Ministerium hielt es sogar für wünschenswert, daß das präsumptum (Vorausbestimmung) da, wo es noch nicht besteht, eingeführt werde.

Es wäre also, so meinte der Referent im Kreisbauernverein mit diesem ministeriellen Entschiede nicht in Einklang zu bringen, wenn der Kreisbauernverein die Herabsetzung der Vorausbestimmung von 10 auf 5 Prozent seine Zustimmung geben würde. Diese vom Regierungsrat Kyrer angeführten Gegenstände bestimmten denn auch den Kreisbauernverein, die Herabsetzung der Vorausbestimmung des Grundbesitzes, wie sie im Zwickauer Stadtverordnetenkollegium von einer Interessentengruppe beschlossen worden war, einstimmig abzulehnen.

Freisinnige Landtagswahlakt.

In einem Leitartikel der Chemnitzer Volksstimme stehen wir auf folgende Sätze:

Für und draußen im Lande aber gilt es, aus dem verflochtenen Landtagswahlkampf zu lernen. Vor allem müssen während der Wahl alle Kritiken und Prophezeiungen streng unterbleiben. Unter Zwickauer Parteiführern, das Sächsische Volksblatt, warf, als die sächsische Staatsparlamentarier im Reichstag erschienen, der Dresdner Volkszeitung und uns vor, daß wir uns mit unklaren Illusionen über den freisinnigen Landtag blamiert hätten. Wir sind uns keiner Illusionen gegenüber dem Sächsischen Landtag und der Reichstag. Aber wir bitten nicht Schierens und Herr mit ihnen über denselben Rechten zu lagern, und die Masse der freisinnigen Wähler vor nicht übermäßig exzessiv wie in Chemnitz und im Sächsischen Landtag.

Wir haben die angeführte Notiz im Sächsischen Volksblatt übersehen und erfahren daher erst jetzt, daß es das Zwickauer Parteiblatt fertig gebracht hat, mitten im Kampfe derartige geschmacklose und ungehörige Anspielungen zu begeben. Wir würden aber auch das ohne weitere Bemerkungen zu den übrigen legen, wenn das Sächsische Volksblatt nicht zugleich gegen uns zu Unrecht den Vorwurf erhoben hätte, Illusionen über den freisinnigen Landtag zu haben. Unsere Ansicht über die freisinnige Landtagswahlakt haben wir in der Nummer der D. R. vom 16. September im Anschluß an eine Erklärung Raumanns kurz präzisiert und dabei ausgeführt:

Der das Verhalten der Freisinnigen in den letzten Jahren kennzeichnend kann die Erklärung Raumanns keinerlei Überraschungen bringen. Es war und ist von vornherein ganz sicher damit zu rechnen, daß die Freisinnigen bei der Wahl für die Nationalparlamentarier eintreten werden. Eine Frage könnte es höchstens sein, wie sich die Freisinnigen in dem Falle verhalten, wenn sie die Entscheidung zwischen einem Konventionen und einem Sozialdemokraten haben. Auch in diesem Falle kann es sich nicht um eine Entscheidung der Freisinnigen handeln. Wer etwas anderes von den sächsischen Freisinnigen erwartet hat, kennt sie schlecht.

Tatsächlich kann auch für uns bei der Landtagswahl die Frage nicht so lauten: Sollen wir die Freisinnigen stärken, sondern nur so: Wie können wir am wirkungsvollsten die mittelständlich-konventionell-agrarische Reaktion schwächen oder eventuelle verbieten, daß die volkfeindliche Clique wieder zur Herrschaft in Sachsen kommt? Vorläufig ist überhaupt noch abzuwarten, ob das für uns eine Frage werden wird. Jetzt in der Hauptwahlzeit ist und muß es unsere Aufgabe sein, die freisinnige Bewegung mit der besten Unterstützung zu bekämpfen wie die nationalliberalen und konventionell-agrarischen.

Wo stehen da die Illusionen, von denen das Zwickauer Parteiblatt geredet hat? Wir können im Gegenteil sagen, daß sich die Gesamtpartei, als es zum Klappen kam, einstimmig auf unseren Standpunkt gestellt und danach auch gehandelt hat. In Zwickau aber sollte man sich mit Rücksicht auf die Entwicklung der Dinge in der letzten Zeit mit dem Ausdruck Blamage besonders vorsichtig umgehen.

Die Thronrede

mit der der Landtag in der Regel eröffnet wird, scheint jetzt den möglichen Stellen in diesem Jahr außerordentlich viel Kopfweh zu bereiten. Bürgerliche Blätter melden:

Unter dem Vorhange des Königs und in Gegenwart des Prinzen Johann Georg land am Freitag eine Sitzung im Gesamtministerium statt. Wie verlautet, ist dabei der Text der Thronrede zur Eröffnung des Landtags festgestellt worden.

Mit genannten Reden ist König, Prinzen und Gesamtministerium bemüht, etwas zustande zu bringen. Da muß doch etwas Ordentliches herauskommen.

Ein Wahlprotest.

Nach einer Mitteilung des Nadeberger Amtsblattes beabsichtigt der Liberale Verein in Nadeberg, gegen die Wahl des konservativen Kaufmanns Knobloch im 3. städtischen Wahlkreise Widerspruch zu erheben, weil angeblich auch Richter gewählt haben. Auf anderer Seite wird auch noch behauptet, es sei bei der Ausstellung der Wählerliste ein ganzes Sanatorium vergessen worden. Die Liberalen gründen ihren Anspruch darauf, daß bei Vernehmung der Unregelmäßigkeiten ihr Kandidat, Rechtsanwalt Hipp, an Stelle unseres Genossen Braune hätte in die Wahlliste kommen können. Da Genosse Braune bei der Hauptwahl nur 65 Stimmen mehr erhalten hat wie der freisinnige Hipp, wäre der Protest beachtlich, wenn wirklich die erwähnten Verstöße als Tatsachen festgestellt würden.

Der Stadtrat gestrengt.

In Olsch haben nach dem Leipziger Tageblatt die unbefriedigten Ratmitglieder Hermann Weidrich, Paul Gröbe, Otto Mühsch und Bruno Schöne die Erklärung abgegeben, daß sie ihr Amt als unbefriedigte Ratmitglieder niederlegen. Die Veranlassung zu diesem Schritte, durch den das aus 7 Ratmitgliedern

bestehende Ratkollegium beschlußfähig gemacht worden ist, boten Auseinandersetzungen mit dem Bürgermeister Härtwig über die Erhöhung eines Gehalts. Die genannten vier Ratmitglieder hatten die Erhöhung des Gehalts abgelehnt.

Kleine Nachrichten aus dem Lande.

Der 21 Jahre alte Handarbeiter, Eiler genannt Jung aus Hermsdorf hat vor kurzem in einer Anstalt, in die er zwecks Besserung untergebracht wurde, eingebracht, im Oktober vorigen Jahres die Sämen der Gutsbesitzer Friedrich und Robit in Oberlungwitz niedergebrannt zu haben. Da um diese Zeit dort noch mehrere Schadener ausbrachen, glaubt man, daß Jung, der übrigens etwas bedrückt ist, dieselben angezündet hat. Jung wurde verhaftet. — Die Ehefrau des Missionars Bil in Zwickau stürzte beim Heruntergehen infolge eines Schwindelanfalls aus dem Fenster ihrer im Hofpatente gelegenen Wohnung. Bei dem Sturz erlitt die Frau, die sich in geängsteten Umständen befindet, außer anderen schweren Verletzungen einen Bruch beider Arme. — Im Hüttenrunde bei Hohenstein-Ernstthal trug sich am Sonnabend ein bedauerlicher Unglücksfall zu. Das drei Jahre alte Töchterchen des Restaurateurs Lieberwirth stürzte beim Gänzereiben in einen dort gelegenen Teich. In dem Teich wurde es schnell aus dem Wasser gezogen, waren Wiederbelebungsversuche ohne Erfolg.

Stadt-Chronik.

Strafrechtsreform.

Ueber dieses aktuelle Thema sprach auf Veranlassung der Gesellschaft am Sonnabend im großen Saale des Vereinshauses der bekannte Strafrechtslehrer Professor Dr. van Calker aus Strazburg.

Vor einigen Tagen sei der Vorentwurf eines deutschen Strafgesetzbuchs erschienen. Zu ihm hätten allerdings die verbündeten Regierungen noch keine Stellung genommen, er sei den gesetzgebenden Körperschaften noch nicht vorgelegt, sondern nur erschienen, um ihn der Allgemeinheit zu einer kritischen Beurteilung zu unterbreiten. Es erwachte für alle, nicht nur für die berufsmäßigen Juristen, die Pflicht, diesen Vorentwurf zu prüfen und Stellung dazu zu nehmen. Es sei notwendig, die Fragen im Strafgesetz klarzustellen, die von Bedeutung sind für die Gestaltung des Strafgesetzbuchs und der Gerichtsverfassung. Dies um so mehr, als der letzte Zweck unseres Rechts doch der sei, die Entwicklung der Menschen in ihrem Zusammenwirken zu fördern. Bedauerlicherweise würden Strafprozeß und Strafgesetzbuch nicht zugleich einer Revision unterzogen.

Die Mängel, die unserem geltenden Strafrecht nachgefragt werden, seien zweifellos schwerwiegender Art, immerhin müßte er sagen, daß unser heutiges Recht sehr gut sein müsse, um es an die Stelle unseres jetzigen zu setzen. Ein wesentlicher Mangel des geltenden Rechts sei die formalistische Auffassung des Tatbestandes und der Strafe, es verweitere, deskonkreten Fall genügend zu beachten, insbesonderen der Richter die Besondereheiten des einzelnen Falles nicht entsprechend würdige. Auch das subjektive Moment, die verbrecherische Gesinnung des Täters, werde zu wenig berücksichtigt. Wenn die Gegner des geltenden Rechts in ihrem Kampfe behaupten, nur dadurch sei eine gründliche Besserung des Rechts möglich, daß der Gesetzgeber die Idee der gerechten Vergeltung überhaupt aufgeben und dafür den Zweckgedanken stelle, so frage — und wohl mit Recht — der Vorentwurf dem nicht Rechnung, im Gegenteil, hier werde dem Richter in ganz anderer Weise die Möglichkeit gegeben, das subjektive Moment der Täterhaft zu berücksichtigen und seinem Urteile zugrunde zu legen. Nach dem Vorentwurf habe der Richter die Möglichkeit, besonders leichte und schwere Fälle zu berücksichtigen, er kann bei leichten Fällen unter Umständen von jeder Strafe absehen, andererseits kann er auch besonders schwere Fälle in entsprechender Weise berücksichtigen.

Neben diesen allgemeinen Grundgedanken des Vorentwurfs wolle er aber noch auf einige Spezialfälle hinweisen. Hinsichtlich der Behandlung der Jugendlichen sei im Laufe der letzten Jahre ja schon viel von den einzelnen Regierungen gesprochen, aber auch der Vorentwurf enthalte in diesem Punkte einen Fortschritt. Zu erwähnen sei da besonders die Herabsetzung des Alters der Strafbarkeit von 12. auf 14. Lebensjahr. Bei Personen von 14. bis 18. Lebensjahre sei ein Strafmaß möglich früher maßgebend, in dessen herrsche doch die Tendenz vor, jugendlich überhaupt nicht in Strafanstalten zu bringen. Hat eine strafbare Handlung insbesondere darin ihre Ursache, daß der jugendliche Täter nicht entsprechend erzogen ist, dann scheidet nach dem Vorentwurf eine Verurteilung aus, sondern es hat prinzipiell die Einweisung in eine Erziehungsanstalt zu erfolgen.

Unser geltendes Recht unterscheidet nur zurechnungsfähige und unzurechnungsfähige Personen, dagegen kenne es nicht die geistig minderwertigen. Jetzt müßte der wegen Unzurechnungsfähigkeit Freigesprochene oder der wegen Minderwertigkeit gering bestraft (nach Verhütung der Strafe) wieder in Freiheit gesetzt werden, obgleich sein psychischer Zustand eine schwere Gefahr für die Allgemeinheit bedeute. Nach allgemeiner Ansicht müßte der Gesetzgeber hier eingreifen und in energischer Weise den Schutz der Gesellschaft durchzuführen. Dem habe der Entwurf Rechnung getragen, da er den Fall der geminderten Zurechnungsfähigkeit kenne und der Richter die Verurteilung des Täters in einer Heil- oder Pflegenstalt aussprechen könne. Das sei eine brauchbare und sichere Grundlage für den Schutz der Gesellschaft gegen die Gefahr, die die gemeingefährlichen Geisteskranken bilden.

Was die rückfälligen und gewohnheitsmäßigen Verbrecher anbelange, so enthalte wohl das geltende Recht eine Bestimmung über den Rückfall, aber nur als Strafschärfungsgrund. Das ist kein genügender Schutz gegen den Rückfall ist für den Fall, daß der Straftäter wieder strafe, daß hier unser Strafgesetz verlagert, wenn auch gesellschaftliche und wirtschaftliche Verhältnisse mitprechen. Auch hier sehe der Vorentwurf energische Maßnahmen vor, insofern er generell den Rückfall berücksichtigt, indem er ausdrukt, daß beim Rückfall eine Erhöhung der Strafe eintritt. Wiederhole sich der Rückfall zum fünften Male, so kann z. B., wenn auf die strafbare Handlung eine Strafe von zwei Jahren Gefängnis steht, auf zehn Jahre Gefängnis, die Strafe also verdreifacht werden (11), also eine sehr energische Maßnahme, die in manchen Fällen zweifellos zu hart erscheinen müßte. Deswegen könne er insoweit nicht zustimmen. In anderen Ländern werde die Frage des Gewohnheitsverbrechens anders und seiner Meinung nach richtiger behandelt. Im schweizerischen und österreichischen Entwurf erscheine die Behandlung des Gewohnheitsverbrechens nicht mehr als Strafe, sondern als Sicherheitsmaßregel, insofern er durch Ausspruch des Richters auf dauernd oder auf Widerruf in eine besondere Anstalt eingewiesen werden könne. Das

hkr.
rasse
est
BALL
Hektor
haben.
attee.
eger.
eger Dres
nbergstr.
phon 5972
Grunde.
en Soff
-est
g 8 Uhr.
Serra
erhof.
re, Waske
de Seilins.
tuttgang.
Uhr sticht
Rabehers.
ritzen
inger
er 37
er Firma
kommen
er 16
kaufert.
von Wahl
Postkarn
Brosel
Karl-
Friedrich
12
offen
i. bei
er Str. 44
m. W. 12.
S. 12.
Haus
16
empfohlen.
ktiv-
pel.
ger.
ng.
kt aus
vom
and.
hätten.

Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

Das Ende einer Sonderorganisation.

Der Freie Verband der Metallarbeiter Deutschlands, der sich der Trennung von Biesenthal seinen Sitz in Erfurt aufschlug, ist in den letzten Tagen. Ein am 19. Oktober 1909 von seinem Vorstand verfaßtes „Rundschreiben“ an die wenigen noch bestehenden Ortsvereine beweist das. Das „Rundschreiben“ hat folgenden Inhalt:

„Auf Grund unserer mangelhaften Verhältnisse, welche in den letzten Jahren Platz gegriffen haben, sind unsere Konten bei der Geschäfts-Kommission so angewachsen, daß dieselbe darauf dringt, daß wir die Zahl unserer Mitglieder auf 2910,90 M., und unsere Beiträge auf 1161,40 M. für Zeitungsbekanntmachungen, 102,50 M. für den Mitgliedsbeitrag und jetzt noch 1507 M. für die Extramarken a 1 M. für die Karte für das Schuldenkonto ist folgendes: 1. hat die Klage Biesenthal kontra Verbandsvorstand bis jetzt circa 600 M. gekostet. 2. hat der Verein Berlin ein Schuldenkonto von 1200 M. und 3. der Verein Dresden ein solches von 300 M. beim Verbandskassierer. Das Geld für die Extramarken konnte ebenfalls nicht eingezahlt werden, da bis jetzt nur erst ein Verein abgerechnet hat. Die Geschäfts-Kommission hat in einer Sitzung beschlossen: „Das Schuldenkonto darf nicht vergrößert werden. Da der Verbandskassierer trotz mehrfacher Aufforderung nicht in der Lage ist, Zahlung zu leisten, wird die Geschäfts-Kommission die einzelnen Vereine auffordern, einen Revers zu unterzeichnen, in welchem bezeugt wird, daß die Vereine die Zahlung selbst bezahlen. Vereine, welche nicht unterschreiben, werden vom 1. November keine Zeitung mehr erhalten.“ Werte der Geschäfts-Kommission hat sich in einer Sitzung mit dem Vorstand der Geschäfts-Kommission eingehend beschäftigt und ist zu dem Resultat gekommen, unter den gegebenen Verhältnissen den Revers zu empfehlen, den Revers zu unterschreiben, und ebenfalls bis zum 1. April 1910 die 30 Prozent weiter zu zahlen, damit wieder geordnete Verhältnisse in der Verbandskasse vorhanden sind; außerdem die Zeitung weiter selbst zu bezahlen und nur noch 20 Prozent an die Verbandskasse zu senden. Kollegen! Um aus der Situation herauszukommen, ist es unumgänglich notwendig, daß die Vereine ein Opfer bringen, andernfalls sieht sich der Verbandsvorstand außerstande, weiterzuarbeiten zu können. Ebenfalls werden die Vereine gebeten, unbedingt bis zum 15. November mit den Reversen a 1 M. abzurechnen. Wir bitten die Vereinsvorstände, die Reversen einzuweisen auszugeben, damit wir der Geschäfts-Kommission die Gelder schnellstens einreichen können. Ferner machen wir noch darauf aufmerksam, daß die U. S. Marken umgehend an den Verbandskassierer einzuliefern sind.“

Dieses „Rundschreiben“ wird das Sterben des „Verbandes“ nicht nur nicht aufhalten, sondern eher noch beschleunigen.

Inland.

Leistungsbewertung der Dresdener Buchbinder.

Die Dresdener Buchbinder, Kartonnagen- und Luxusarbeiter haben ihren Arbeitgebern einen neuen Lohnzettel vorgelegt, der in der Hauptsache eine Verknüpfung der Arbeitszeit mit täglich einer Stunde und eine Erhöhung des Lohnes fordert. Der Mindestlohn soll von 1. Januar 1910 um 2 M., vom 1. Januar 1911 um eine weitere Mark erhöht werden. Bisher betrug der Mindestlohn 10 M. für Schichten, die ihre Leistung bezeugen haben, werden im Jahr 1910 im zweiten Jahre 19 M. gefordert. Arbeiterinnen sollen im ersten Jahre 8 M., im zweiten Jahre 9,50 M., im dritten Jahre 11,50 M. Lohn erhalten. Spezialarbeiter sollen 24, Spezialarbeiterinnen 19 M. wöchentlich erhalten. Abschläge sind mit dem Einkommen der Buchbinder verbunden und dem Deutschen Buchbinderverband zuzurechnen. Die Abschläge für Holzarbeiter sollen um 20 Prozent erhöht werden. Gehilfen, die bei Inkrafttreten des neuen Lohnes schon den Minimallohn bis 3 M. darüber haben, sollen 2 M. Arbeiterinnen 1 M. Zuschlag wöchentlich erhalten. — Für Lehrlinge an Wochentagen werden 25 Prozent, an Sonntagen 33 1/3 Prozent Zuschlag gefordert. — Arbeiter und Arbeiterinnen, die in einem Betriebe mindestens ein Jahr beschäftigt sind, haben auf drei Tage Ferien bei Fortzahlung des Lohnes Anspruch. Die Ferien verlängern sich mit jedem Beschäftigungsjahr um einen Tag bis zur Fehldauer von 14 Tagen.

Die sämtlichen Verhandlungen mit den Arbeitgebern haben bisher zu keinem Resultat geführt. Wahrscheinlich wollen sie erst den Willen der Organisation kennen lernen. In der nächsten Woche werden die Arbeiter dazu Stellung nehmen.

So in Tarifverhandlungen im Malerwerke.

Der Vorsitz seitens des Verbandes der Maler, Lackierer und Anstreicher gegen die Hinzuziehung des Herrn Rat Boyfen aus Hamburg hat sich erledigt. Es wurde eine Uebereinstimmung dahin erzielt, daß an Stelle des Geh. Ministerialrats Dr. Wiesfeldt der Reichsführer des Malerhandwerks, Herr Dr. Rat aus Essen, an den Verhandlungen teilnimmt.

Neue gewerkschaftliche Nachrichten. Einen schönen Erfolg hat der Holzarbeiterverband in Waltershausen zu verzeichnen. In der Eisenfabrik von Gebr. Thiem, wo einige hundert Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt sind, wurde die Arbeitszeit von 63 auf 59 Stunden verkürzt. Die Wochenlöhne wurden von 18 M. auf 18,50 M. und die Abschläge bis 20 Prozent erhöht. In Jandau konnten die Arbeiter die Arbeitszeit sofort um 1 1/2 Stunden wöchentlich vermindern und eine Lohnserhöhung von 1,18 Mark pro Woche erzielen. Der mit der Annahme abgeschlossene Vertrag sieht einen Mindestlohn von 40 Pf. pro Stunde, sowie Zuschläge für Überstunden, Montagearbeiten usw. vor. — Die Eingabe der hiesigen Arbeiter in Mainz zum Lohnserhöhung, die seit mehr als zwei Jahren verschleppt worden war, kam am Donnerstag das Forum der Stadtverordneten. Oberbürgermeister Söttekannmann betonte, daß die gegenwärtige Zeit nicht geeignet sei, eine Lohnserhöhung einzutreten zu lassen, da ein sehr großes Defizit in Aussicht stünde, er bitte deshalb, die Eingabe, die die Stadt mit 500 000 M. belaste, abzulehnen. Auch einen zweiten Antrag, vom Genossen A. de L. umgeleitet, der etwa 100 000 M. für Lohnserhöhung vorlag, fand nicht Gnade vor den Augen des Stadtschreibers. Beide Anträge wurden abgelehnt. — Der Streit der Glasarbeiter in Wieda (Ruhr), an dem circa 200 Arbeiter beteiligt waren, ist mit einem schönen Erfolg für die Arbeiter nach vierstündiger Dauer beendet worden. Die Arbeitszeit wurde um 1/2 Stunde verkürzt und eine Prozentige Lohnserhöhung bewirkt. Außerdem werden einige weitere Verbesserungen im Arbeitsverhältnis eingeführt, die für die Arbeiter ebenfalls von nicht zu unterschätzender Bedeutung sind. Die Arbeiter können mit diesem Resultat zufrieden sein. — Die Bause der Firmen Weber und Gröner in Jandau sind wegen rückständiger Lohnforderungen für Arbeiter gekündigt. Bei der Schulfabrik Firma Joseph Böhler in Münsingen a. d. Rodalb bei Birmensdorf, haben sämtliche Arbeiter der Maschinenabteilung und die Handwerker wegen Lohnforderungen die Kündigung eingereicht. — Die Holzarbeiter Leipzig haben am 15. Mai 1907 noch beständig mit dem Arbeitgeberverband für das deutsche Holzgewerbe, Bezirk Leipzig, einen Tarifvertrag abgeschlossen, der bis zum 1. Februar 1910 Geltung hat. Die eventuelle Kündigung der Holzarbeiter durch den Arbeitgeberverband, also am 1. Februar 1909, erfolgte. — In der Holzfabrik bei der Firma Ernst Hoffmann in Dresden ist beabsichtigt, nachdem sich die Firma verpflichtet, die in Aussicht genommene Abgabe (50 Pf. pro Zentner) nicht einzutreten zu lassen, die Arbeit wieder aufgenommen. — Die Hasenarbeiter in Harburg sind wegen harter Lohnreduzierung in einen Abstreik eingetreten. — In Hinstenwade wurden die Arbeiter der Zigarettenfabrik von Fr. Krüger in den Abstreik getrieben durch die Summierung, sich Lohnabzüge gefallen zu lassen.

Die Unterschleife auf der Kieler Werft.

Hg. Kiel, 6. November.

Zu Beginn der heutigen Sitzung fanden sich die Prozeßbeteiligten zunächst noch im Schlichtungsamt zusammen, um noch einige Zeugen und Sachverständige zu hören. Es wird als erster Sachverständiger Marineoberbaurechtsexperte Goffert von der kaiserl. Werft in Kiel vernommen, an den der Vorsitzende Landgerichtspräsident Andrae die Frage richtete, ob Unterschlagungen, wie sie die Anklage annimmt, in solchem Umfang bei einer täglichen Revision hätten gemerkt werden müssen.

Der Sachverständige verneint diese Frage. „Die technische Revision ist nur der eine Teil der Revision und wird ergänzt durch andere Revisionen, vor allem durch buchmäßige Revisionen. Wir können nicht in jedem einzelnen Falle feststellen, wieviel Material da ist, und ob alles Material verbraucht ist. Es entzieht sich auch unserer Beurteilung, ob das tatsächlich verrechnete Material verbraucht worden ist. Auf der kaiserl. Werft wird jedes einigermaßen wertvolle größere Stück Eisen von einem amtlich vereidigten Wiegenmeister gemessen. Diese Wiegenlisten bekommen nicht wir, sondern sie gehen an das Reichsmarinemini und werden dort an der Hand der Kostenanschläge geprüft.“ — Vorf.: Ob diese Verrechnungen richtig sind oder nicht, entzieht sich Ihrer Kenntnis? — Sachverst.: Ja. — Vorf.: Wenn nun ein Schiff abgebrocht wird, wie wird das von Ihnen kontrolliert? — Sachverst.: Das kann nicht kontrolliert werden. — Vert. Justizrat Schirren: Da ist also gar keine Kontrolle möglich? — Sachverst.: Nein. Nur wenn sich später herausstellt, daß zu viel oder zu wenig Material da ist, verschaffen wir uns Aufklärung. — Vert. Justizrat Schirren: Haben die Arbeiter ein Interesse daran, daß der Abfall, der von Ihnen nach den Magazinen fortgebracht wird, auch richtig gemessen und gebucht wird? — Sachverst.: Natürlich. — Vert. Justizrat Schirren: Es wird demnach auf der Werft ganz kolossal gestohlen. In den letzten drei Monaten sind allein

30 Diebstähle auf der Werft

zur Kenntnis der Behörde gekommen, und zwar handelt es sich um Diebstähle auch von Reumaterial. Es müßte doch eigentlich ausgeschlossen sein, daß solche Diebstähle vorkommen, weil das Material, das in den Werkstätten für Reuanischaffungen verbraucht wird, genau kontrolliert wird. — Sachverst.: Da wird allerdings stark und ständig kontrolliert. — Vert. Justizrat Schirren: Und trotzdem passieren Diebstähle, wer kontrolliert das? — Sachverst.: Der Wermeister paßt schief auf. Was er etwa nicht gebraucht hat, gibt er sofort ab. — Vert. Rechtsanwält Stobbe: Ich nehme an, daß jede Werft ein Interesse daran hat, möglichst viel Material zurückzugeben und möglichst viel Abfälle zu überweisen, da dann die Reparatur ja möglichst billig ist. Werden also zu diesem Zwecke die einzelnen Werkstätten nicht das Gewicht der Abfälle möglichst hoch angeben? — Sachverst.: Es wird allerdings darin ein bißchen zu weit gegangen. — Vert. Justizrat Schirren: Wir haben gestern auf der Werft gesehen, wie viele Eisenplatten mit Sauerstoff durchgeschmolzen wurden. Da fällt doch auch etwas ab, wie wird das gemessen? — Sachverst.: Auf einem so großen Betriebe, wie der kaiserl. Werftbetrieb ist, kann man mit so kleinen Zeilen nicht rechnen. Man muß nur in großen Bügeln verfahren, daß ein Manko entsteht. Die Kontrolle kann sich auf beachtliche Kleinigkeiten nicht erstrecken.

Der nächste Zeuge war der frühere Bureauhilfsbeamte Reinhold aus Flughafen, der unter dem falschen Namen Trauer sich vor Jahren an den Angeklagten Frankenthal gewandt hat und ihm in einem Briefe die bevorstehende Versteigerung einer Menge Gutsperson auf dem Artilleriedepot in Flughafen angezeigt hat. Der Zeuge wurde unter Auslieferung der Vernehmung vernommen und bezeugte, daß er die Anordnung, diesen Brief an den Angeklagten Frankenthal zu schreiben, von dem inzwischen verstorbenen Kapitänleutnant Haase erhalten habe. — Angekl. Siegfried Jacobsohn: Der Zeuge hat sich auch an andere Firmen gewandt und ihnen Mitteilungen von bevorstehenden Aufträgen gemacht. — Zeuge: Das ist nicht wahr, ich habe nur zwei Briefe an Herrn Frankenthal geschrieben. — Der Vorsitzende warnt den Zeugen wiederholt vor einer unwarren Aussage und stellt besonders als unwahrscheinlich hin, daß ein Offizier sich mit einem Bureauhilfsbeamten in dieser Weise in Verbindung setzen würde. Der Zeuge bleibt jedoch bei seiner Aussage.

Die Gerichtsverhandlung auf der kaiserl. Werft.

Hierauf wurden die Verhandlungen im Schlichtungsamt abgebrochen, und die Prozeßbeteiligten und die Pressevertreter begaben sich wieder zum Landungsplatz im Kieler Hafen, wo ein Sonderampfer zur Aufnahme bereit stand. Im Hauptgebäude der kaiserl. Werft war der große Verhandlungsraum für die Zwecke der Gerichtsverhandlung hergerichtet worden. Als erster Zeuge wurde Werftdirektor Vizeadmiral v. Ulfedom vernommen. Er ist von der Vernehmung als Zeuge dafür benannt, daß es trotz aller Mühe und Nachforschungen nicht möglich war, festzustellen, wieviel Mengen von der Werft verschunden sind. — Zeuge: Wenn unter den erheblichen Mengen von verschundenem Material die Differenz zu verstehen ist zwischen den abgeführten Materialien und den nicht bezahlten Materialien, dann muß ich zugeben, daß eine nachträgliche Feststellung der Herkunft dieser nicht bezahlten Materialien jetzt schwer ist, weil der Nachweis dieser Differenz nur auf Grund der Bücher und Gewichte möglich ist. Dieser Nachweis läßt sich aber nicht führen, weil diese Gegenstände nur einmal gemessen sind, und wenn sie zweimal gemessen sind, immer von derselben Stelle und denselben Leuten gemessen sind.

Am Nachmittag nahm die Gerichtsverhandlung im Verwaltungsamt der kaiserl. Werft ihren Fortgang. Es wurde zunächst die Vernehmung des Oberverwaltdirektors, Vizeadmirals v. Ulfedom beendet.

Vorf.: Ist versucht worden, aufzuklären, wieviel Material im ganzen weggenommen ist? — Zeuge: Dem Gewicht nach läßt sich das nicht feststellen. Wir wissen nur die Art des Materials, und wissen zum Beispiel, daß

Schraubenflügel weggenommen

flügel. Ueber Details können wir keine Auskunft geben. — Der nächste Zeuge ist Applikant Trauer, der Auskunft gab über die Verpfändung der Applikanten, den Wiegedienst zu überwachen. — Vorf.: Sind Sie mit in das Wiegedienst hineingegangen? — Zeuge: Nicht immer. Ich verfolge ja auch vom Wiegen gar nichts. — Vert. Rechtsanwält Stobbe: Sind wir darüber einig, daß die durch die Applikanten geübte Kontrolle absolut unzulänglich war? — Vorf.: Ich bin mir vollständig darüber klar. — Dann wurde als nächster Zeuge Geheimrat Andersen über die Frage vernommen, ob die Applikanten, wenn sie zur Verpfändung der Waggon und des Abwiegens von Altmaterial kommandiert wurden, Instruktionen erhalten haben, und von wem. — Zeuge Andersen: Die Abteilungsleiter und der Magazindirektor hatten diese Instruktionen zu geben. Die Verpfändung sollte stets in Gegenwart eines an der Verwaltung beteiligten Beamten stattfinden. Ich glaube, daß diese Vorschriften bei der Verpfändung eingehalten wurden, und hielt es nicht für notwendig, dieselben Vorschriftenregeln auch noch beim Verladen anzunehmen. Die Verpfändung fand statt durch bereite Magazinaufseher. Die Aufsicht wurde wahr genommen von der Oberverwaltung des betreffenden Magazins. Weil das immer dieselbe Persönlichkeit war, glaube ich eine Vernehmung einzutreten zu müssen. Ich griff deshalb zu dem Mittel, daß ich die Verpfändung durch Applikanten ausführen ließ. Ich habe mich darüber mit Magazindirektor Heinrich früher besprochen, weil er ein besonders thätiger Mann war. — Vert. Rechtsanwält Stobbe: Glauben Sie Grund zu haben, an der Unzulänglichkeit und an der Treue des Rats Heinrich zu zweifeln? — Zeuge: In seiner Weise. — Staatsanwaltschaftsrat Reiss: Es ist zweifellos richtig, daß Rat Heinrich ein thätiger und fleißiger Beamter war. Damit

die Geschworenen von ihm aber kein falsches Bild bekommen, muß ich doch hervorheben, daß er mehrfach disziplinarisch bestraft ist, und daß es in einem Falle sogar vorgekommen ist, daß Vizeadmiral Friedrich ihm die Bestimmungen des Strafgesetzbuchs vorgehalten hat. — Zeuge Vizeadmiral Friedrich: Ich kam einmal in ein Zimmer und bemerkte, wie dort von Werftarbeitern Kleiderregale angefertigt wurden. Ich fragte, wofür die bestimmt seien, und da wurde mir geantwortet, daß die

Kleiderregale für das Kinderferienheim

bestimmt seien und daß Rat Heinrich die Anordnung getroffen hat. Ich habe Rat Heinrich daraufhin vorgehalten, daß Werftschaden nur für Werftzwecke verwendet werden dürfen, und habe ihm die Bestimmungen des Strafgesetzbuchs vorgelesen, die auf die Verwendung von amtlichem Material schwere Strafe legen. — Zeuge v. Ulfedom: Das Kinderferienheim steht in sehr nahen Beziehungen zur Werft, so daß ich selbst abgeordnet habe, die Arbeiter in ihrer freien Zeit für dieses Heim arbeiten. — Vert. Justizrat Schirren: Wie ist überhaupt festgestellt worden, daß Material unterschlagen worden ist? — Zeuge Vizeadmiral Friedrich: Wir haben eine Konferenz abgehalten, und wir haben außerdem uns an die Ergebnisse der Ermittlungen des Kriminalkommissars Wannowski gehalten. — Vert. Justizrat Schirren: Sie selbst haben keinerlei Versuche, etwa durch Vergleiche, gemacht? — Zeuge Vizeadmiral Friedrich: Nein, das wäre auch ganz ausfallslos gewesen. — Zeuge v. Ulfedom: Sobald ich von den Unterschlagungen erfahren habe, habe ich Anweisungen gegeben, ob es nicht möglich wäre, sämtliche Werftbestände zu revidieren und zu vergleichen, das, was verkauft war, und das, was abgefahren war. Ich habe davon aber Abstand genommen, weil das unausführbar wäre. — Erster Staatsanwalt Stobbe: Herr Frankenthal hat vor einigen Tagen ausgeführt, in welcher vollkommen legaler Weise er sich mehr Vorteile bei der Kieler Werft hätte verschaffen können. Er hat in einer noch meiner Meinung übertriebenen Weise von einem Schiedsrichter auf der Kieler Werft gesprochen. Herr Frankenthal hat einen Fall angeführt, in dem er Reinen für 25 Pf. das Kilo von der Werft gekauft und später für 2,80 M. das Kilo an die Werft zurückverkauft hat. — Zeuge Vizeadmiral Friedrich: Der Fall ist mir nicht bekannt. Wenn ein derartiger Fall vorgekommen ist, dann kann er nur möglich gewesen sein dadurch, daß Herr Frankenthal die betreffenden Reinen bestrichen hat. Ich habe inzwischen festgestellt, daß im Jahre 1902 tatsächlich ein Hausen Reinen von uns verkauft worden ist. Wir auf der Werft brauchen viel altes Reinen, und wie suchen natürlich aus dem alten Reinen das heraus, was wir selbst brauchen können. Nun, das übrige wird allerdings als Abfall verkauft. Wir haben auch nachträglich von Fratel Reinen gekauft. Diese Reinen sind aber von der A. B. C. (Ausfuhr-Verpflichtungs-Kommission) verworfen. Daraufhin erklärte sich Herr Fratel bereit, die Kosten der Durchsuchung zu tragen, und wir suchten uns dann aus der Lieferung heraus, was wir brauchen konnten. Letztendlich ist auf Einverständnis des Rats Heinrich die Werftverwaltung noch dazu übergegangen, von Herrn Fratel ein weiteres Quantum Reinen abzunehmen und andere Offerten abzulehnen. — Vert. Rechtsanwält Stobbe: Rat Heinrich hat nur die Behauptung aufgestellt, weiter nichts. Das geht aus den Akten hervor. Ich widerspreche dieser Aussage des Vizeadmirals Friedrich. Weiß der Herr Vizeadmiral das übrigens aus eigener Anschauung, daß Rat Heinrich auf die Lieferung durch Fratel gedrängt hat? — Zeuge Vizeadmiral Friedrich: Ich habe es in den Akten gelesen. — Angekl. Heinrich: Wenn ich darauf gedrängt habe, daß Reinen geliefert wurde, dann haben wir eben Reinen gebraucht. — Vert. Justizrat Ballach: Der Zeuge Friedrich hat gegen meinen Klienten Frankenthal die Verdächtigung ausgesprochen, er müße

Beamtet beschlossen

haben, wenn er für 2,80 M. das Reinen wieder verkauft hat. Ja, muß mir das Recht vorbehalten, die Personen, die an der Lieferung des Reimens beteiligt waren, als Zeugen zu haben und möchte den Herrn Vorsitzenden bitten, solche allgemeine Verdächtigungen für die Zukunft zu verhindern. — Vorf.: Ich bedaure, daß es geschehen ist, aber ich kann es nicht verhindern. — Angekl. Frankenthal: Es war ganz reelle Reinen, die wieder an die Werft geliefert worden ist. — Erster Staatsanwalt Stobbe: Ich brauche mich auf das Zeugnis des Gerichtshofes und sämtlicher Geschworenen, daß der Angeklagte Frankenthal die Werftverwaltung vor einigen Tagen geradezu lächerlich zu machen versucht hat. Ich halte mich deshalb für berechtigt, heute den Vertretern der Werftverwaltung Gelegenheit zu geben, diese Vorwürfe zu widerlegen.

Sachverst. Verwaltungssekretär der kaiserl. Werft in Kiel Müller äußert sich ausführlich über die Verpfändungsbedingungen des Altmaterials. Die Angebote erfolgten in geschlossenen Akten, an denen einige Buchstaben standen. Diese Angebote wurden später geöffnet. Der Zuschlag wurde dem Höchstbietenden erteilt. — Staatsanwaltschaftsrat Reiss: Ich werde den Nachweis führen, daß große Mengen Material, zum Beispiel das Altmaterial von dem Kriegsschiff Friedrich der Große, ungenutzt auf den Eisenhof gekommen sind, und daß sie erst beim Verkauf gezogen wurden. — Vert. Rechtsanwält Stobbe: Man kann Rat Heinrich doch nicht für die ganze Werft verantwortlich machen.

Nach Vernehmung weiterer Zeugen wurde die Verhandlung auf Sonnabend vertagt.

Neues aus aller Welt.

Bitterfeld, 7. November. In der chemischen Fabrik Elektron explodierte eine Phosphorretorte. Zwei Arbeiter wurden getötet, vier erlitten schwere Verwundungen.

Wladib, 7. November. Zu dem Diebstahl auf den fiskalischen Wälderschlachten wird weiter bekannt: Der Diebstahl ist augenscheinlich von langer Hand vorbereitet worden, da das Geld nur kurze Zeit im Kassenraum lagerte und nicht weniger als neun Nachschlüssel erforderlich waren, um an den Geldschrank zu gelangen. Die Tat muß von mehreren Personen ausgeführt worden sein, da das gestohlene Metallgeld ein Gewicht von 140 Pfund repräsentiert. Der verhaftete Wächter, der nachts die Kontrolle nicht gefahren hatte, gibt an, er habe ein Geräusch gehört und habe seinen Posten verlassen, um Hilfe zu holen. Er sei nach zwei Stunden zurückgekehrt, ohne Hilfe gefunden zu haben. — Man entdeckte in geringer Entfernung von dem Gebäude der Bergwerksinspektion die Leeren Gledtschen. Die Riemen waren durchgeschnitten.

Chalon, 6. Oktober. Auf dem hiesigen Flugplatz hat Paterson ein gestern vormittag mit Erfolg einen neuen Flugapparat ausprobiert. Es handelt sich um einen Apparat, der in seiner Konstruktion wesentlich leichter als die bisher im Gebrauch gewesenen ist.

Leupold, 7. November. Präsident Gomez unterdrückte eine Revolution zugunsten Carrós, indem sämtliche Verschwörer, als sie sich zu einer geheimen Verschwörung begeben hatten, verhaftet wurden.

Neuport, 7. November. Der Pennsylvania-Schnellzug ist auf einem hohen Damme nahe bei Neuport entgleist. Er kollidierte mit einer anderen Lokomotive auf dem anderen Gleise. Das Zugpersonal ist tot, viele Passagiere sind verletzt. Der Zug bestand aus Stahlwagen, was ein großes Unglück verheißt.

Victoria-Salon.

Mlle. Liane d'Eve und das neue Programm.

Anfang 4. Uhr. Sonntags 4 und 8 Uhr.

Tunnel-Kabarett: Anfang 8, Sonntags 5 Uhr.

Eintritt freilich!

Die Menschenvorte

Koman eines russischen Paraffinlampenfabrikanten von M. W. W. W. W.

Es war ihm ganz hell, und der Tag lief von der Stadt über sonnige, im Tau glühende Wiesen. Einmalig stand vor ihm, von allen Seiten gesehen und durch den argwöhnlichen Blick, den die Umstehenden liehen um die Plätze gerührt hatte, bald beinahe auf der Platte, die bis an den Rand mit beiden Seiten und Reifebündeln angefüllt war.

Einmalig blühte unermüdet auf die am Horizont verlaufenden bunten Täler und Schichten, die sich in die Höhe und in die Tiefe schoben, die über grünen, hohen und großen schmalen Wägen drängten, die über grüne, weite, von der hellen Regenwolke bedeckene Felder schwebten; es war, als wenn die Sonnenstrahlen in den letzten, reinen Aufbruch glücklich zitterten und dann durch die verlassene Stadt zurückfielen.

„Wie schön!“ sagte sie. „Du bist unerschrocken, tun es doch nicht für dich, sondern für alle...“

„Wie schön!“ sagte sie. „Du bist unerschrocken, tun es doch nicht für dich, sondern für alle...“

„Wie schön!“ sagte sie. „Du bist unerschrocken, tun es doch nicht für dich, sondern für alle...“

„Wie schön!“ sagte sie. „Du bist unerschrocken, tun es doch nicht für dich, sondern für alle...“

„Wie schön!“ sagte sie. „Du bist unerschrocken, tun es doch nicht für dich, sondern für alle...“

„Wie schön!“ sagte sie. „Du bist unerschrocken, tun es doch nicht für dich, sondern für alle...“

„Wie schön!“ sagte sie. „Du bist unerschrocken, tun es doch nicht für dich, sondern für alle...“

„Wie schön!“ sagte sie. „Du bist unerschrocken, tun es doch nicht für dich, sondern für alle...“

„Wie schön!“ sagte sie. „Du bist unerschrocken, tun es doch nicht für dich, sondern für alle...“

„Wie schön!“ sagte sie. „Du bist unerschrocken, tun es doch nicht für dich, sondern für alle...“

„Wie schön!“ sagte sie. „Du bist unerschrocken, tun es doch nicht für dich, sondern für alle...“

„Wie schön!“ sagte sie. „Du bist unerschrocken, tun es doch nicht für dich, sondern für alle...“

„Wie schön!“ sagte sie. „Du bist unerschrocken, tun es doch nicht für dich, sondern für alle...“

„Wie schön!“ sagte sie. „Du bist unerschrocken, tun es doch nicht für dich, sondern für alle...“

„Wie schön!“ sagte sie. „Du bist unerschrocken, tun es doch nicht für dich, sondern für alle...“

„Wie schön!“ sagte sie. „Du bist unerschrocken, tun es doch nicht für dich, sondern für alle...“

„Wie schön!“ sagte sie. „Du bist unerschrocken, tun es doch nicht für dich, sondern für alle...“

„Wie schön!“ sagte sie. „Du bist unerschrocken, tun es doch nicht für dich, sondern für alle...“

„Wie schön!“ sagte sie. „Du bist unerschrocken, tun es doch nicht für dich, sondern für alle...“

„Wie schön!“ sagte sie. „Du bist unerschrocken, tun es doch nicht für dich, sondern für alle...“

„Wie schön!“ sagte sie. „Du bist unerschrocken, tun es doch nicht für dich, sondern für alle...“

„Wie schön!“ sagte sie. „Du bist unerschrocken, tun es doch nicht für dich, sondern für alle...“

„Wie schön!“ sagte sie. „Du bist unerschrocken, tun es doch nicht für dich, sondern für alle...“

„Wie schön!“ sagte sie. „Du bist unerschrocken, tun es doch nicht für dich, sondern für alle...“

„Wie schön!“ sagte sie. „Du bist unerschrocken, tun es doch nicht für dich, sondern für alle...“

„Wie schön!“ sagte sie. „Du bist unerschrocken, tun es doch nicht für dich, sondern für alle...“

Umschau

Zentraltheater Königsberg

Die Rolle der die zwei Jahre in Dresden geführte, war er auch nicht anders, wenn man sich vorstellen kann, wie er sich verhielt, wenn man sich vorstellen kann, wie er sich verhielt, wenn man sich vorstellen kann, wie er sich verhielt...

Die Rolle der die zwei Jahre in Dresden geführte, war er auch nicht anders, wenn man sich vorstellen kann, wie er sich verhielt, wenn man sich vorstellen kann, wie er sich verhielt...

Die Rolle der die zwei Jahre in Dresden geführte, war er auch nicht anders, wenn man sich vorstellen kann, wie er sich verhielt, wenn man sich vorstellen kann, wie er sich verhielt...

Die Rolle der die zwei Jahre in Dresden geführte, war er auch nicht anders, wenn man sich vorstellen kann, wie er sich verhielt, wenn man sich vorstellen kann, wie er sich verhielt...

Die Rolle der die zwei Jahre in Dresden geführte, war er auch nicht anders, wenn man sich vorstellen kann, wie er sich verhielt, wenn man sich vorstellen kann, wie er sich verhielt...

Die Rolle der die zwei Jahre in Dresden geführte, war er auch nicht anders, wenn man sich vorstellen kann, wie er sich verhielt, wenn man sich vorstellen kann, wie er sich verhielt...

Die Rolle der die zwei Jahre in Dresden geführte, war er auch nicht anders, wenn man sich vorstellen kann, wie er sich verhielt, wenn man sich vorstellen kann, wie er sich verhielt...

Die Rolle der die zwei Jahre in Dresden geführte, war er auch nicht anders, wenn man sich vorstellen kann, wie er sich verhielt, wenn man sich vorstellen kann, wie er sich verhielt...

Die Rolle der die zwei Jahre in Dresden geführte, war er auch nicht anders, wenn man sich vorstellen kann, wie er sich verhielt, wenn man sich vorstellen kann, wie er sich verhielt...

Die Rolle der die zwei Jahre in Dresden geführte, war er auch nicht anders, wenn man sich vorstellen kann, wie er sich verhielt, wenn man sich vorstellen kann, wie er sich verhielt...

Die Rolle der die zwei Jahre in Dresden geführte, war er auch nicht anders, wenn man sich vorstellen kann, wie er sich verhielt, wenn man sich vorstellen kann, wie er sich verhielt...

Schiller...

Die große Rolle der Schiller war ein großer Erfolg, der die große Rolle der Schiller war ein großer Erfolg, der die große Rolle der Schiller war ein großer Erfolg...

Die große Rolle der Schiller war ein großer Erfolg, der die große Rolle der Schiller war ein großer Erfolg, der die große Rolle der Schiller war ein großer Erfolg...

Die große Rolle der Schiller war ein großer Erfolg, der die große Rolle der Schiller war ein großer Erfolg, der die große Rolle der Schiller war ein großer Erfolg...

Die große Rolle der Schiller war ein großer Erfolg, der die große Rolle der Schiller war ein großer Erfolg, der die große Rolle der Schiller war ein großer Erfolg...

Die große Rolle der Schiller war ein großer Erfolg, der die große Rolle der Schiller war ein großer Erfolg, der die große Rolle der Schiller war ein großer Erfolg...

Die große Rolle der Schiller war ein großer Erfolg, der die große Rolle der Schiller war ein großer Erfolg, der die große Rolle der Schiller war ein großer Erfolg...

Die große Rolle der Schiller war ein großer Erfolg, der die große Rolle der Schiller war ein großer Erfolg, der die große Rolle der Schiller war ein großer Erfolg...

Die große Rolle der Schiller war ein großer Erfolg, der die große Rolle der Schiller war ein großer Erfolg, der die große Rolle der Schiller war ein großer Erfolg...

Die große Rolle der Schiller war ein großer Erfolg, der die große Rolle der Schiller war ein großer Erfolg, der die große Rolle der Schiller war ein großer Erfolg...

Die große Rolle der Schiller war ein großer Erfolg, der die große Rolle der Schiller war ein großer Erfolg, der die große Rolle der Schiller war ein großer Erfolg...

Die große Rolle der Schiller war ein großer Erfolg, der die große Rolle der Schiller war ein großer Erfolg, der die große Rolle der Schiller war ein großer Erfolg...

Die große Rolle der Schiller war ein großer Erfolg, der die große Rolle der Schiller war ein großer Erfolg, der die große Rolle der Schiller war ein großer Erfolg...



Wir führen Wissen.